Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Montag, 5. Mai 2008
Ausgabe 085

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Meldungen **4**
› OB Ude gratuliert FC Bayern zum Meister-Titel 4
› Strobl und Monatzeder als Bürgermeister wiedergewählt 5
› Arbeitslosenzahlen im April 6
› Info-Point „Engagiert leben in München“ 6
› Europatag des Beruflichen Schulwesens 7
› Baumfällungen im Bavariapark 8
› AWM präsentiert sich auf der IFAT 2008 9
› Umwelttipp Mai: Wassersparen auf Balkon und im Garten 11
› Umweltladen: Ausstellung „Farbe, Licht und Bewegung” 12
› Veranstaltung „Pasing liest – aus verbrannten Büchern” 13
› Bauzentrum München: Infoabend zu Schönheitsreparaturen 13
› Ausstellung: Jörg Bachhofer und die Münchener Lichtbildner 14
Antworten auf Stadtratsanfragen **16**
› „U-Bahnhof Kieferngarten – Bahnsteigdach seit Jahren undicht – Warum tut die MVG nichts?“ 16

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **19**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Dienstag, 6. Mai, 10 Uhr,
Amtszimmer des Oberbürgermeisters im Rathaus
Oberbürgermeister Christian Ude überreicht Hannelore Kiethe, der Gründerin der „Münchner Tafel", die Medaille „München leuchtet – Den Freunden Münchens" in Silber. Die „Münchner Tafel" unterstützt Menschen in Not mit Lebensmitteln.

Wiederholung
Dienstag, 6. Mai, 10 Uhr, Marienplatz, Fischbrunnen
Bürgermeister Hep Monatzeder, Stadtdirektorin Brigitte Rothenbacher-Scholz, Referat für Gesundheit und Umwelt, Dr. Oliver Nebel, Firmenkundendirektor der AOK-Direktion München, und Christoph Zindel-Kostelecky, Vorsitzender des ADFC München e. V., starten nach kurzen Statements als Team auf einem rasanten „Vierer-Rennrad" zur ersten – symbolischen – Etappe der diesjährigen „Münchner Runde" der bundesweiten Mitmachaktion „Mit dem Rad zur Arbeit". Mit jährlich mehr als 135.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern gilt die gemeinsame Aktion von ADFC und AOK, an der sich auch die Landeshauptstadt München beteiligt, als Deutschlands größte Gesundheitsbewegung und zudem als wirksamer Beitrag zum Klima- und Umweltschutz. Allein in München haben sich im vergangenen Jahr rund 6.000 „Radlbegeisterte" aus insgesamt 427 Unternehmen, Firmen und Betrieben an der Mitmachaktion beteiligt.
Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.

Wiederholung
Dienstag, 6. Mai, 11 Uhr, Grütznerstube im Rathaus
Pressekonferenz mit Oberbürgermeister Christian Ude, Vorsitzender der Münchner Verkehrs- und Tarifverbund GmbH, der MVV-Geschäftsführung, dem Geschäftsführer der MVG, Herbert König, und dem Geschäftsleiter der S-Bahn München, Norbert Klimt, zu den Ergebnissen des MVV für 2007.

Wiederholung
Dienstag, 6. Mai, 19 Uhr, Jüdisches Museum, St.-Jakobs-Platz
Stadtrat Michael Leonhart (SPD) spricht in Vertretung des Oberbürgermeisters Grußworte zur Eröffnung der Ausstellung „Sammelbilder [07]:

Aus einer Münchner Judaica-Sammlung" im Jüdischen Museum. Einführung durch Bernhard Purin, Direktor des Jüdischen Museums München. Heute finden sich bedeutende private Judaica-Sammlungen vor allem in den USA und Israel. Die hier gezeigte Münchner Privatsammlung gehört zu den wenigen in Deutschland und ist aufgrund ihres Umfangs und ihrer Qualität die wohl Bedeutendste. In ihren beiden Schwerpunkten mit Objekten aus Osteuropa und Süddeutschland spiegelt sich auch die Geschichte des Sammlers und seiner Familie wider, die – aus Polen stammend – in der Sowjetunion überlebte und nach 1945 in München eine neue Heimat fand. Die Ausstellung gliedert sich in sechs Themenbereiche, die den unterschiedlichen Motivationen des Sammelns jüdischer Ritualobjekte nachspüren und gleichzeitig auch die verschiedenen Aspekte der Sammlung beleuchten. Die Ausstellung ist vom 7. Mai bis 7. September zu besichtigen.

Donnerstag, 8. Mai, 11 Uhr,
Neuhauser Staße, am Richard-Strauss-Brunnen
Bürgermeister Hep Monatzeder und Ralf Birkner, Referent der UN-Millenniumkampagne in Deutschland, präsentieren die UN-Aktionsbox zum Auftakt der Städtetour 2008, die anschließend noch in 15 weiteren deutschen Kommunen Halt machen wird. Die Städtetour informiert über die acht Millenniumsziele, die die Vereinten Nationen im Jahr 2000 als ehrgeizige Strategie für eine weltweite Entwicklungspolitik verabschiedet haben, und möchte Bürger und Politik zum Engagement für die Umsetzung der Ziele aktivieren. In der Box werden auch die Projekte der Stadt München zur Eine-Welt-Arbeit vorgestellt.
Die UN-Box wird bis Freitag am Richard-Strauss-Brunnen stehen und dann zum Marienplatz umziehen. Dort informieren am Samstag, 10. Mai, von 11 bis 18 Uhr, auf dem Info- und Aktionsmarkt „München für die Welt" auch zahlreiche Münchner Initiativen über ihre Aktivitäten zur Erreichung der Ziele.

Donnerstag, 8. Mai, 11 Uhr, Ratstrinkstube
Dr. Reinhard Wieczorek, Referent für Arbeit und Wirtschaft der Landeshauptstadt München, präsentiert das Programmbuch des 850. Stadtgeburtstags, das pünktlich zum Beginn der Feierlichkeiten ausgeliefert wird. Das Druckwerk listet auf mehr als 200 Seiten das komplette Programm zwischen Mai und Mitte September auf. Gleichzeitig stellt Dr. Wieczorek die Sponsoren des Stadtgeburtstags vor, die mit großzügigem Engagement das runde Jubiläum der Stadt unterstützen.

Donnerstag, 8. Mai, 11 Uhr, Hiltenspergerstraße 76
Stadtrat Dr. Reinhard Bauer (SPD) gratuliert der Münchner Bürgerin Gudrun Elsner im Namen der Stadt zum 101. Geburtstag.

Donnerstag, 8. Mai, 14 Uhr,
Kleine Aula des Beruflichen Schulzentrums an der Riesstraße 38
Stadtschulrätin Elisabeth Weiß-Söllner hält die Begrüßungsrede anlässlich des Europatags des Beruflichen Schulwesens. Zur Eröffnung spricht Jochen Kubosch, Leiter des Informationsbüros München des Europäischen Parlaments. Im Rahmen der Veranstaltung wird eine Partnerschaftsvereinbarung zwischen dem Schulreferat der Landeshauptstadt München/Fachabteilung 1, Berufliches Schulwesen, und der Provinzdirektion für Bildung, Ankara, unterzeichnet. Außerdem werden erfolgreiche Projekte verschiedener städtischer Schulen, die im Rahmen europäischer Bildungsprogramme durchgeführt wurden, ausgezeichnet.
Ab zirka 15 Uhr ist ein Ortswechsel in die große Aula des Schulzentrums vorgesehen, wo in einer Ausstellung eine Auswahl von Europa-Projekten der letzten Jahre an städtischen Schulen präsentiert wird.
(Siehe auch unter Meldungen)

Meldungen

OB Ude gratuliert FC Bayern zum Meister-Titel
(5.5.2008) In einem Schreiben an den Vorstandsvorsitzenden Karl-Heinz Rummenigge hat Oberbürgermeister Christian Ude dem FC Bayern zum Gewinn des Meister-Titels gratuliert: „Nach dem Punktgewinn beim VfL Wolfsburg ist es nun sozusagen amtlich. Der FC Bayern München ist zum 21. Mal Deutscher Fußballmeister. Ich gratuliere Ihnen und der Mannschaft hierzu im Namen der Landeshauptstadt München, der Münchner Bürgerinnen und Bürger und persönlich ganz herzlich. Gleichzeitig erneuere ich meine Einladung, diesen Titel, und selbstverständlich auch den Gewinn des DFB-Pokals, am Samstag, 17. Mai, mit Ihren zahlreichen Anhängern auf dem Marienplatz zu feiern."

(teilweise voraus)

Strobl und Monatzeder als Bürgermeister wiedergewählt

(5.5.2008) Auf seiner konstituierenden Sitzung hat der neu gewählte Münchner Stadtrat Bürgermeisterin Christine Strobl und Bürgermeister Hep Monatzeder in ihrem Amt bestätigt. Auf Christine Strobl entfielen 48 von 80 abgegebenen Stimmen, auf Hep Monatzeder 45 von 80 Stimmen. Bei beiden Bürgermeisterwahlen gab es keine Gegenkandidaten.
Für die neue Amtsperiode 2008 - 2014 werden folgende Stadtrats-Ausschüsse gebildet:
Ausschuss für Arbeit und Wirtschaft
Ausschuss für Stadtplanung und Bauordnung
Bauausschuss
Finanzausschuss
Gesundheitsausschuss
Kinder- und Jugendhilfeausschuss
Kommunalausschuss
Kreisverwaltungsausschuss
Kulturausschuss
Rechnungsprüfungsausschuss
Schul- und Sportausschuss
Sozialausschuss
Umweltausschuss
Verwaltungs- und Personalausschuss
Über die Ausschussbesetzung entscheidet die Vollversammlung am Mittwoch, 7. Mai.
Zuvor waren im Rahmen der feierlichen Eröffnungssitzung im Saal des Alten Rathauses die insgesamt 27 erstmals in den Stadtrat gewählten Mitglieder von Oberbürgermeister Christian Ude vereidigt worden. Die Eidesformel lautet: „Ich schwöre/gelobe Treue dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung des Freistaates Bayern. Ich schwöre/gelobe, den Gesetzen gehorsam zu sein und meine Amtspflichten gewissenhaft zu erfüllen. Ich schwöre/gelobe, die Rechte der Selbstverwaltung zu wahren und ihren Pflichten nachzukommen" und kann um den Zusatz „so wahr mir Gott helfe" ergänzt werden.
Von den 80 ehrenamtlichen Stadtratsmitgliedern stellt die SPD nach der Kommunalwahl vom 2. März insgesamt 33 Stadträtinnen und Stadträte, die CSU 23, Bündnis 90/Die Grünen 11, die FDP 5, die Linke 3, sowie Rosa Liste, Freie Wähler, Bayernpartei, ÖDP und BIA je 1.

Arbeitslosenzahlen im April

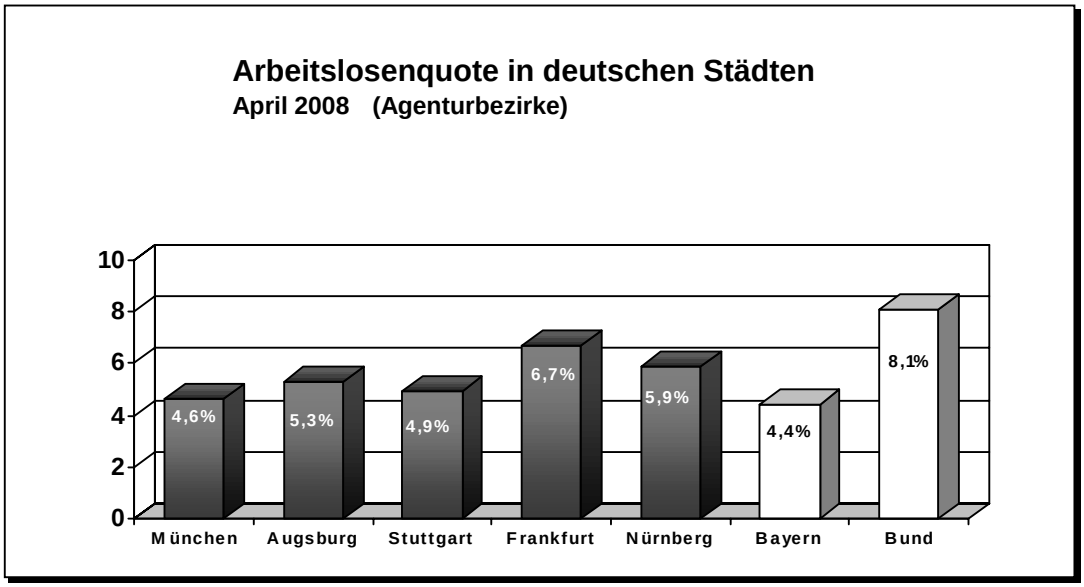
(5.5.2008) Weiterhin hält im ***Agenturbezirk München*** eine positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt an. So reduzierte sich die Zahl der arbeitslos gemeldeten Personen aktuell um 983 auf 54.146. Die Arbeitslosenquote (alle Erwerbspersonen) verringerte sich auf 4,6 Prozent (März 4,7 Prozent).

Bayern:

Die Arbeitslosigkeit in Bayern ist auch im April wieder gesunken. Die Zahl der Arbeitslosen sank um 22.515 auf 291.785 Personen. Die Arbeitslosenquote reduzierte sich um 0,4 Prozentpunkte auf 4,4 Prozent.

Bund:

Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland ist im April um 94.000 auf 3,414 Millionen gefallen. In Westdeutschland waren es 2,216 Millionen bei einer Quote von 6,6 Prozent; in Ostdeutschland waren es 1,198 Millionen bei einer Quote von 13,9 Prozent. Die Bundesquote verringerte sich auf 8,1 Prozent (März 8,4 Prozent).



Info-Point „Engagiert leben in München“

(5.5.2008) Bürgerinnen und Bürger, die sich im Mai über Möglichkeiten des bürgerschaftlichen Engagements in München informieren möchten, sind eingeladen zum Info-Point „Engagiert leben in München" am Mittwoch, 7. Mai, von 11 bis 18 Uhr in der Stadt-Information im Rathaus.

Von 11 bis 15 Uhr stellen sich vor:

1. ***Sozialreferat, Stadtjugendamt München:*** Für die Unterstützung von Kindern und Jugendlichen in Schule und Ausbildung werden engagierte Bürgerinnen und Bürger für Hausaufgabenbetreuung, Lernhilfe, Bewerbungshilfe, Sprachförderung, „Job-Mentoring", familienentlastende Hilfe, gesucht. Kontakt: Joachim Gehrig, Telefon 2 33-4 99 15, joachim.gehrig @muenchen.de, oder Wolfgang Thoenissen, Telefon 2 33-4 99 14, wolfgang.thoenissen@ muenchen.de
2. ***Linkshänder e.V. München:*** Der Verein berät Eltern von linkshändigen Kindern über die Probleme der Linkshänder. Durch Öffentlichkeitsarbeit macht er auf deren Interessenlage aufmerksam. Zwar hat sich in den letzten 20 Jahren viel geändert, aber es ist noch viel Aufklärungsarbeit nötig. Gesucht werden freiwillig Engagierte, die den Verein unterstützen. Kontakt: Agnes Maria Forsthofer, Postfach 900726, 81507 München, info@linkshaender-ev.de, *www.linkshaender-ev.de*

Von 15-18 Uhr stellen sich vor:

1. ***Freiwilligen-Agentur Tatendrang München:*** Diese Informations-, Beratungs- und Vermittlungsstelle für Münchner Bürgerinnen und Bürger, die sich unentgeltlich, ehrenamtlich engagieren möchten, bietet Beratungen an und versucht im Gespräch eine passende Engagementmöglichkeit zu finden: Im ökologischen, sozialen oder kulturellen Bereich, Lesepatenprojekt. Kontakt: Monika Nitsche, Telefon 2 90 44 65, *www.tatendrang.de.*
2. ***Familie München:*** Die von Eltern gegründete Initiative Familie München e.V. hat sich zum Ziel gesetzt, für Familien Informationsdrehscheibe, Aktionsforum und Mittler der Münchner Familieninteressen zu sein. Hierfür braucht es viele Helferinnen und Helfer, Unterstützerinnen und Unterstützer sowie Patinnen und Paten, die im politisch unabhängigen Fördernetzwerk im selbst bestimmten Zeitrahmen ihren Platz finden können. Internet: *www.familie-muenchen.de*

Freiwilliges Engagement macht Spaß, bildet weiter, macht Sinn und unterstützt eine solidarische Stadtgemeinschaft. Weitere Informationen unter *www.muenchen.de/engagiert.leben* und *www.foebe-muenchen.de.*
Die nächsten Münchner Info-Points 2008 finden am 11. Juni, 17. September, 15. Oktober und 12. November statt.

Europatag des Beruflichen Schulwesens

(5.5.2008) Das Europabüro des Schul- und Kultusreferats (Fachabteilung Berufliches Schulwesen - F 1) veranstaltet auch in diesem Jahr in Zusammenarbeit mit 21 städtischen Beruflichen Schulen den Europatag des Beruflichen Schulwesens. Der Europatag des Beruflichen Schulwesens findet

am 8. Mai von 14 bis 16.30 Uhr im Beruflichen Schulzentrum, Riesstraße 32 - 40, Haus 4, Kleine Aula, statt. Es werden Projekte präsentiert, die aus Mitteln der Europäischen Kommission zur Steigerung der Qualität der Beruflichen Bildung und der Weiterbildung von Berufsbildungspersonal im Rahmen des Bildungsprogramms „Lebenslanges Lernen" finanziert werden.
Berufliche Schulen, Betriebe und Kammern aus der Metropolregion München bieten Auszubildenden, Lehrkräften und Ausbildern die Chance zu europäischen Qualifizierungen in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Im Gegenzug werden aus diesen Ländern Auszubildende, Lehrkräfte und Ausbilder für ein bis zehn Wochen in Betriebe, Berufliche Schulen und Kammern aufgenommen, verbunden mit der Chance, sich in der Metropolregion München weiterzuqualifizieren.
Berufliche Schulen, die sich für diesen besonderen Weg zur Qualifikationssteigerung in der Ausbildung entschieden haben, präsentieren ihre Projekte anlässlich des Europatages in Form von Messeständen und stehen allen Interessierten beratend zur Verfügung.
Die Veranstaltung versteht sich auch als Multiplikator und will Beruflichen Schulen und Betrieben Mut machen, sich diesem Weg anzuschließen. Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studierende sowie Ausbildungsverantwortliche werden den Zugewinn durch einen Auslandsaufenthalt in persönlicher und beruflicher Hinsicht darstellen.
Auch in diesem Jahr werden stellvertretend für alle beteiligten Schulen einige herausragende Leistungen ausgezeichnet. Das Pro Mobility Pilotprojekt, das Jörg Engelmann von der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern koordinierte, wird als erfolgreichstes Projekt des Jahres geehrt. Beteiligt waren auch das Europabüro F1, die Städtische Berufsschule für Zahntechnik, Chemie-, Biologie- und Drogerieberufe und – auf der Ausbilderseite – die Landesanstalt für Landwirtschaft in Freising-Weihenstephan. Mit diesem Projekt ist es erstmals gelungen, zur Qualitätssteigerung der Leonardo-Mobilitätsprojekte ein zehnwöchiges Auslandsmodul in der Beruflichen Erstausbildung praktisch zu erproben. Auf österreichischer Seite hat das Austrian Research Center das Projekt unterstützt.

Baumfällungen im Bavariapark

(5.5.2008) Ab 5. Mai fällt das Baureferat (Gartenbau) im Bavariapark fünf kleinere Laubbäume mit Stammumfang von 50 bis 70 Zentimetern sowie zehn Eiben mit bis zu fünf Metern Höhe. Die Bäume befinden sich im Bereich des historischen nördlichen Eingangsplatzes mit der Skulptur „Pferdegruppe", der im Zuge der Parksanierung wieder hergestellt wird.

Bereits im Winter 2007/2008 wurden 36 Laub- und Nadelbäume als Ersatz gepflanzt. Die Untere Naturschutzbehörde und der Bezirksausschuss acht haben der Maßnahme zugestimmt. Für eventuell auftretende Beeinträchtigungen bittet das Baureferat um Verständnis.

AWM präsentiert sich auf der IFAT 2008

(5.5.2008) Der Abfallwirtschaftsbetrieb München AWM präsentiert sich vom 5. bis 9. Mai auf der Internationalen Fachmesse für Wasser – Abwasser – Abfall – Recycling (IFAT) 2008, Neue Messe München. Die IFAT zählt für die deutsche und internationale Fachwelt zu den wichtigsten Branchenevents überhaupt. Sie ist die Weltmesse Nummer 1 für Wasser, Abwasser, Abfall und Recycling. Über 2.200 nationale und internationale Aussteller zeigen spezifische Branchenlösungen und den neuesten Stand der Technik zur Umsetzung praxisorientierter, wirtschaftlicher Lösungen. Gezeigt wird zudem ein breites Angebot an qualifizierten Dienstleistungen im Bereich der Wasser-, Abwasser- und Abfallwirtschaft.
Der Abfallwirtschaftsbetrieb München tritt auf dem gemeinsamen Messestand des VKS im VKU (Verband Kommunale Abfallwirtschaft und Stadtreinigung im Verband kommunaler Unternehmen) auf. Mit auf dem über 1.000 Quadratmeter großen kommunalen Messestand sind außer dem AWM die Abfallwirtschafsbetriebe von Hamburg, Berlin, Nordrhein-Westfalen, Mannheim, Stuttgart sowie der Verband ITAD (Verband der deutschen Müllverbrennungs-Betreiber) vertreten.
Die kommunalen Entsorger bieten auf der IFAT zwar keine eigene Anlage, Geräte oder Fahrzeuge an. Dafür „verkaufen" sie ihre vorbildlichen abfallwirtschaftlichen Konzepte und Ideen. Dazu zählen neue und wichtige Themen wie die effiziente Rohstoff- und Energiegewinnung aus Abfallstoffen, die den veränderten Klimabedingungen und den weltweit knapper werdenden Ressourcen Rechnung tragen. Besonders das Münchner Abfallkonzept wird international immer wieder nachgefragt. Der AWM arbeitet seit 18 Jahren auf der Basis ökologisch nachhaltiger Prinzipien und innovativer Umwelttechnologien. Heute gehört der AWM zu den Garanten für eine nachhaltige Abfallwirtschaft mit höchst möglichen Standards zum Nutzen des Gemeinwohls.

Citizen Value statt Shareholder Value

Die kommunalen Abfallbetriebe stellen auf der IFAT 2008 ihre Gegenkonzepte zu den privaten Entsorgungskonzernen dar. Gabriele Friderich, Kommunalreferentin und Erste Werkleiterin des Abfallwirtschaftsbetriebes München: „Immer mehr Beispiele zeigen, dass die Befürworter von Privatisierungen kommunaler Dienstleistungen mit ihrem Slogan „Privat vor

Staat" falsch liegen. Dieser Ansatz widerspricht grundsätzlich dem Gemeinwohlgedanken und könnte für die Bürgerinnen und Bürger langfristig mit gravierenden Folgen verbunden sein. Nicht zuletzt der Müllskandal in Sachsen-Anhalt um die illegalen Abfallablagerungen in völlig ungeeigneten Tongruben zeigt, dass es unter den privaten Entsorgungsunternehmen immer schwarze Schafe gibt, denen jedes Mittel recht ist, um auf Kosten der Umwelt hohe Gewinne einzufahren." Die kommunalen Entsorgungsbetriebe hingegen setzen auf Qualität, Nachhaltigkeit und sozialverträgliche Gebühren. Ihr Slogan lautet: Citizen Value statt Shareholder Value. Die herausragende Bedeutung der öffentlich-rechtlichen Abfallwirtschaftsunternehmen wurde auch von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel auf dem Bundeskongress des VKS im VKU in Potsdam betont. Er bezeichnete die kommunale Unternehmen als Eckpfeiler der deutschen Abfallwirtschaft.

Kommunale Kompetenz in München heißt:

- Stabile Müllgebühren (seit 15 Jahren auf nahezu gleichbleibendem Niveau)
- etablierte, komfortable Systeme für die getrennte Sammlung von Wertstoffen und Abfällen
- Technische Innovation (modernste Müllverbrennungstechnik, Anlage zur Trockenfermentierung von Bioabfällen)
- soziale Kompetenz (benutzerfreundliche Fahrzeug- und Tonnentechnik, umfassende Maßnahmen zum Arbeitschutz, Gesundheitsprogramme für Mitarbeiter)
- Leistungsfähigkeit (Eigene Entsorgungsanlagen, 400.000 Müllbehälter im Fullservice, Wertstoffhöfe, Entsorgungsmöglichkeiten für umliegende Landkreise)
- ökologisch verantwortliches Handeln (Abfallvermeidung, Abfallwiederverwendung in der Halle 2)
- umfangreiches Informationsmaterial für die Bürger (Reparaturführer, Secondhandführer)
- aktiver Klimaschutz durch umfangreiche Maßnahmen zur CO_2-Reduzierung

München im internationalen Städtevergleich

Die Erfolge der Münchner Abfallwirtschaft wurden auch auf dem 8. Internationalen Abfallwirtschaftskongress 2007 in Wien deutlich. In einem Städtevergleich mit den europäischen Metropolen Berlin, Budapest, Kopenhagen, Paris, Stockholm, Wien und Zürich schnitt München am besten ab. Den Ausschlag für dieses exzellente Ergebnis gaben die sehr guten Recyclingquoten, die hochwertige Müllverbrennungsanlage mit Kraft-Wärme-Kopplung und die Tatsache, dass München – im Gegensatz zu anderen

Städten – schon seit langem keinen unbehandelten Hausmüll mehr auf Deponien ablagert.

AWM bietet Exkursionen zur TFA an

Für alle Messebesucher, die an der neuen Anlage zur Trockenfermentation (TFA-Anlage) interessiert sind, bietet der AWM Besichtigungstermine mit einem regelmäßigen Shuttlebetrieb an.
Der AWM-Stand auf dem Gemeinschaftststand des VKS im VKU befindet sich in der Halle B3, Stand-Nr.: 140/330

Terminhinweise

- 5. Mai, 16 Uhr: Vortrag von Kommunalreferentin Gabriele Friderich „Beitrag des AWM München zum Klimaschutz", Halle C1
- 6. Mai, 11.30 Uhr: Pressekonferenz des VKS Konferenzraum B31
- 7. Mai, 18 Uhr: Verleihung des VKS Creativ Preises 2008 „Die Mitarbeiterzeitung" (der AWM ist unter den Preisträgern), am VKS-Stand Halle B3, Stand-Nr.: 140/330
- 8. Mai, 16.10 Uhr: Vortrag von Helmut Schmidt, Zweiter AWM-Werkleiter, „Logistiklösungen bei der Elektroaltgerätesammlung unter großstädtischen Bedingungen, Halle C1

Umwelttipp Mai: Wassersparen auf Balkon und im Garten

(5.5.2008) Der Klimawandel bringt auch für unsere Breiten zunehmend lange Trockenperioden, die oftmals von heftigen Regenfällen abgelöst werden. Vor allem bei sommerlichen Temperaturen heißt es für Balkon und Garten: viel gießen. Zum teuren Trinkwasser gibt es aber Alternativen: Deutschland ist mit einer durchschnittlichen Niederschlagsmenge von rund 840 Litern pro Quadratmeter und Jahr eines der regenreichsten Länder der Erde. In Oberbayern sind es sogar 1.200 Liter Niederschlag pro Quadratmeter. Das bedeutet: Regenwasser sammeln und so Garten und Balkon bewässern, das spart viel Geld bei den Wasserkosten. Regenwasser wird zudem von vielen Pflanzen besser vertragen als kalkreiches Leitungswasser. Mit ein paar kleinen Tipps ist Wassersparen kinderleicht:

- Die preiswerteste und einfachste Art, Regenwasser zu sammeln, ist die Regentonne.
- Im Garten kann Regenwasser auch in ober- oder unterirdischen Zisternen unterschiedlichster Größe gesammelt werden.
- Wasser verdunstet in der Sonnenhitze schon auf der Erde, bevor es die Wurzeln erreicht. Daher nur am frühen Morgen oder am späteren Abend gießen.
- Pflanzen gezielt und direkt am Boden wässern. Durch Beregnungsanlagen wird viel Wasser wahllos verbraucht.

- Erde, die regelmäßig durch Hacken aufgebrochen wird, speichert das Wasser besser und verlangsamt die Verdunstung.
- Durch Mulchen werden die Wurzeln bei Hitze kühl gehalten, der Feuchtigkeitsverlust des Bodens vermindert und Unkrautwuchs gebremst.
- Balkonkästen und Töpfe mit integriertem Wasserspeicher vermeiden eine unnötige Verdunstung auf der Erdoberfläche.
- Bei der Auswahl der Pflanzen auf Klima und Bodenbeschaffenheit achten. Für trockenere Lagen lieber Pflanzen wählen, die wenig Wasser benötigen.
- Viele Pflanzen bilden längere Wurzeln, wenn sie seltener gegossen werden. Außerdem sind so Obst und Gemüse geschmacksintensiver und weniger wässrig.
- Grundsätzlich lieber seltener, aber dafür intensiver gießen.

Weitere interessante Tipps und Informationen sind im Umweltladen am Rindermarkt 10, Eingang Pettenbeckstraße erhältlich. Der Umweltladen ist Montag, Dienstag und Mittwoch von 9 bis 12 Uhr und von 13 bis 17.30 Uhr, Donnerstag durchgehend von 9 bis 19 Uhr und Freitag von 9 bis 12 Uhr und 13 bis 16.30 Uhr geöffnet. In dieser Zeit ist die Umweltberatung auch telefonisch unter 2 33-2 66 66 erreichbar. E-Mail: umweltberatung.rgu@muenchen.de, Internet: *www.muenchen.de/umweltladen*.

Umweltladen: Ausstellung „Farbe, Licht und Bewegung"

(5.5.2008) Der Umweltladen setzt seine Ausstellungsreihe von Münchner Künstlern fort und zeigt von Mai bis Ende Juli ausgewählte Werke von Serena Granaroli, einer gebürtigen Mailänderin. Die „Weltbürgerin aus Berufung" (Granaroli über Granaroli) zeigt sechs ihrer Bilder zum Thema „Farbe, Licht und Bewegung" (alle Acryl auf Leinwand) im Umweltladen. „Sonne und Wärme geben Ruhe und Kraft. Farbe, Licht, Bewegung, sowie Leichtigkeit sind die wesentlichen Merkmale meiner Malerei", erläutert Granaroli.

Serena Granaroli, die aus einer italienischen Künstlerfamilie stammt, lebt und arbeitet seit 1984 in München, magisch angezogen von der Malerei Kandinskys. Seit 1990 stellt sie ihre Bilder regelmäßig in persönlichen und kollektiven Ausstellungen aus. Die Pariser Impressionisten und ihr Umgang mit Farbe und Farbstimmungen haben Granaroli stark beeinflusst und fließen auch weiterhin in ihre abstrakten Arbeiten ein.

Seit Februar 2006 zeigt der Umweltladen Exponate von Künstlerinnen und Künstlern aus München und der Region, die sich mit den Themen Umwelt, Natur und Technik beschäftigten. Als zentrale städtische Informationsstelle im denkmalgeschützten Ruffinihaus bietet sich der Umweltladen auch für Ausstellungen von großformatigen Bildern und Zeichnungen an, bei einer

Raumhöhe von weit über drei Metern bleibt die gewünschte Wirkung nicht aus. Ein Besuch im Umweltladen lohnt sich also in mehrfacher Hinsicht. Die Öffnungszeiten des Umweltladens sind: Montag, Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9 bis 12 Uhr, Montag, Dienstag und Mittwoch von 13 bis 17.30 Uhr, freitags bis 16.30 Uhr sowie Donnerstag durchgehend von 9 bis 19 Uhr. Telefonisch ist der Umweltladen über das Umwelttelefon 2 33-2 66 66 zu den angegebenen Zeiten zu erreichen, per E-Mail über umweltberatung.rgu@muenchen.de. Im Internet lautet die Adresse *www.muenchen.de/umweltladen.*

Veranstaltung „Pasing liest – aus verbrannten Büchern"
(5.5.2008) Im Rahmen der stadtweiten Veranstaltungen zum 75. Jahrestag der Bücherverbrennung findet am 8. Mai um 19.30 Uhr in der Stadtbibliothek Pasing in Zusammenarbeit mit dem Kulturforum München-West die Veranstaltung „Pasing liest – aus verbrannten Büchern" statt. Studenten der Otto-Falckenberg-Schule, Fachakademie für darstellende Kunst der Landeshauptstadt München, lesen aus den Romanen „Menschen im Hotel" von Vicky Baum und „Erfolg" von Lion Feuchtwanger. Georg P. Salzmann, Gründer der „Bibliothek der verbrannten Bücher", vermittelt die Zusammenhänge der Bücherverbrennung und führt in Leben und Werk der Autoren ein. Als musikalischen Beitrag spielt das Pasinger Streichkonzert mit Gastviolinisten Vladimir Lakatos das 8. Streichquartett „Im Gedenken an die Opfer des Faschismus und des Krieges" von Dimitri Schostakowitsch. Weitere Informationen zu dieser Lesung sind in der Stadtbibliothek Pasing, Bäckerstraße 9, erhältlich, telefonisch unter 23 33 72 65 oder im Internet unter *www.muenchner-stadtbibliothek.de/pasing*. Der Eintritt zu dieser Veranstaltung ist frei.

Bauzentrum München: Infoabend zu Schönheitsreparaturen
(5.5.2008) Am morgigen Dienstag, 6. Mai (18 Uhr), erläutert der Rechtsanwalt Tobias Vollmar vom Mieterverein München e.V., inwieweit Mieter in ihrer Wohnung zu Schönheitsreparaturen verpflichtet sind. Der Eintritt ist frei.
In den letzten Jahren wurde in den Medien mehrfach über Urteile des Bundesgerichtshofs zu Schönheitsreparaturen berichtet. Dabei wurden durch die Rechtsprechung Klauseln in vielen Standardverträgen für unwirksam erklärt. Der Vortrag erläutert im Einzelnen die wichtigsten zu den Schönheitsreparaturen ergangenen Urteile und gibt einen Leitfaden zur Prüfung, ob verwendete Klauseln wirksam sind oder nicht. Im Anschluss an seinen Vortrag steht der Experte für Fragen zur Verfügung und gibt Tipps, was zu tun ist, wenn unwirksame Klauseln im Vertrag enthalten sind.

Die Adresse des Bauzentrums München in der Messestadt Riem ist die Willy-Brandt-Allee 10 (U2, Haltestelle Messestadt West, von dort nur fünf Minuten ausgeschilderter Fußweg; mit der S2 bis Haltestelle Riem, dort umsteigen in Bus 190 bis Messestadt West; mit dem Auto über die A94, Ausfahrt München-Riem oder Feldkirchen-West, Parkhaus direkt hinter dem Bauzentrum München). Internet: *www.muenchen.de/bauzentrum*, E-Mail: bauzentrum.rgu@muenchen.de; Telefon 50 50 85.

Ausstellung: Jörg Bachhofer und die Münchener Lichtbildner
(5.5.2008) Jörg Bachhofer zeigt von 9. Mai bis 20. Juni seine „Oszillogramme" im Kunstforum Arabellapark der Münchner Stadtbibliothek und Münchener Volkshochschule am Rosenkavalierplatz 16. Die traditionsreiche „Sezession Münchener Lichtbildner e.V." versucht einen Brückenschlag zu Bachhofers künstlerischeR Sichtweise – passend zum Stadtjubiläums-Motto „Brücken bauen" mit Fotografien Münchner Brücken. Zur Vernissage am Freitag, 9. Mai, um 20 Uhr spricht Hubert Göller, Kunsthistoriker, Dozent und Autor für die Kunsthandels-Fachzeitschrift „Kunst und Auktionen" zu Jörg Bachhofers Zeichnungen. Ellis Kaut, selbst Mitglied der Lichtbildner und Mitausstellende, spricht einführende Worte zu den Fotografien.
Jörg Bachhofer ist ein international tätiger Künstler: freischaffend und Professor an der Akademie Faber-Castell in Nürnberg mit zahlreichen Workshops und Lehraufträgen an Universitäten in Lateinamerika, Irland, Bangladesh, Indien und Kenia. Er hat Malerei und Innenarchitektur studiert, wobei beide seiner Professionen sich im Dialog befinden. Jörg Bachhofers Arbeiten oszillieren zwischen Fläche und Raum. Aus diesem Spiel wird mit einfachen Mitteln räumliche Spannung erzeugt. Als Bildgrund verwendet Bachhofer Laserdrucke, auf denen Ausschnitte von Fotografien durch Vergrößerung und niedrige Auflösung ihres gegenständlichen Charakters entkleidet sind. Die mit Kohle und Graphit davor gesetzte Lineatur scheint in einem zweiten Bildraum zu schweben. Bachhofer arbeitet mit Bildserien, in denen ein minimalistischer Vorrat an Zeichen wechselnde Ordnungen produziert. Die Zeichen erhalten ihre Bedeutung durch die Referenz untereinander, mit dem Bildraum und den Realitätsresten des Bildgrundes.
Elf Künstler des traditionsreichsten Münchner Fotoclubs, der „Sezession Münchener Lichtbildner e.V." versuchen einen Brückenschlag zu Jörg Bachhofers künstlerischer Sichtweise mittels Motivwahl oder digitaler Bearbeitung. Antje Beyer-Bertling, Helmut Böck, Wilfried Hoge, Ellis Kaut, Martin Kraus, Dieter Lier, Richard F.J. Mayer, Norbert Reindlmeier, Heinz Riederer, Peter Schult, Walter Tropschuh und Ingrid Wöhrle haben eigens für diese Fotoschau Arbeiten angefertigt. Die bauliche Statik der fotogra-

fierten Objekte – Münchner Brücken – rückt dabei oft in den Hintergrund, löst sich sogar auf.
Weitere Informationen unter *www.muenchner-stadtbibliothek.de/bogenhausen.* Der Eintritt zur Ausstellung ist frei. Sie ist Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag 10 bis 19 Uhr, Mittwoch 14 bis 19 Uhr geöffnet.
Das Kunstforum Arabellapark ist eine Initiative der Münchner Stadtbibliothek und der Münchner Volkshochschule am Rosenkavalierplatz 16, Telefon 92 87 81-0, E-Mail: stb.bogenhausen.kult@muenchen.de.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Montag, 5. Mai 2008

U-Bahnhof Kieferngarten – Bahnsteigdach seit Jahren undicht – Warum tut die MVG nichts?
Anfrage Stadtrat Richard Quaas (CSU) vom 25.3.2008

Antwort Dr. Reinhard Wieczorek, Referent für Arbeit und Wirtschaft:

In Ihrer Anfrage vom 25.3.2008 führten Sie als Begründung aus:

„Seit Jahren ist ein Bahnsteigdach des oberirdisch angelegten U-Bahnhofes Kieferngarten an der U6 zum Leidwesen der Fahrgäste undicht, ohne dass irgendetwas zur endgültigen Beseitigung des Mangels durch die MVG unternommen wird. Bei Regen und bei Schneeschmelze werden die wartenden U-Bahnfahrgäste unter weiten Bereichen der Bahnsteigüberdachung nicht vor dem Unbill der Witterung geschützt, sondern durch die offensichtlich schadhafte Konstruktion geradezu vom Regen in die Traufe gestellt. Das kann auch den Verantwortlichen, der Stadtwerketochter Münchner Verkehrsgesellschaft, nicht verborgen geblieben sein. Die nur teilweise Überdachung der Bahnsteige aus der Anfangszeit der Münchner U-Bahn entspricht sowieso nicht mehr dem Stand des heutigen Fahrgastaufkommens an dieser Station, so dass dringend eine Gesamtsanierung und Anpassung an heutige Standards erforderlich ist."

Die von Ihnen in diesem Zusammenhang gestellten Fragen betreffen Angelegenheiten, die in den Geschäftsbereich der Stadtwerke München GmbH/MVG fallen. Daher darf im Folgenden deren Antwort zitiert werden:

Frage 1:
„Warum wird von der MVG den U-Bahn-Fahrgästen am Bahnhof Kieferngarten seit Jahren zugemutet, dass die Bahnsteigdächer teilweise undicht sind und deshalb ihren eigentlichen Sinn, den Wetterschutz, nicht hinreichen erfüllen?"

Antwort der Stadtwerke München GmbH/MVG:
„Der Stadtwerke München GmbH, Unternehmensbereich Verkehr sind die partiellen, kleineren Schäden an der Dachabdichtung der Bahnsteigdächer des U-Bahnhofes Kieferngarten bekannt. Vor kurzem wurden daher diese undichten Stellen in der Dachabdichtung durch eine Fachfirma saniert. Wie sich nun herausstellt, konnten im Zuge dieser Sanierung nicht alle Undichtigkeiten beseitigt werden. Die Fachfirma wird daher in Kürze die noch vorhandenen undichten Stellen abdichten."

Frage 2:
„Seit wann sind den zuständigen MVG-Stellen diese Mängel bekannt und warum wurde nichts Zielführendes dagegen unternommen?"

Antwort der Stadtwerke München GmbH/MVG:
"Siehe Antwort zu Frage 1."

Frage 3:
„Wann können die U-Bahnnutzer endlich damit rechnen, dass diese Mängel endgültig behoben werden?"

Antwort der Stadtwerke München GmbH/MVG:
„Siehe Antwort zu Frage 1."

Frage 4:
„Wird, da die Länge der Bahnsteigüberdachung für das heute dort anzutreffende Fahrgastaufkommen sowieso unzureichend ist, an eine generelle Erneuerung und Verlängerung der Bahnsteigüberdachung am Kieferngarten gedacht?"

Antwort der Stadtwerke München GmbH/MVG:
„Die vorhandenen Bahnsteigdächer überdachen zu ca. 70 % die beiden vorhandenen Bahnsteige und die beiden Zugänge von der Schalterhalle. Damit wird gewährleistet, dass der Fahrgast trockenen Fußes von der Schalterhalle zu den Bahnsteigen gelangen kann.
Eine Erneuerung und Verlängerung der Bahnsteigüberdachung ist momentan nicht geplant."

Frage 5:
„Wenn ja, wann ist mit einer Realisierung zu rechnen, wenn nein, mit welcher Begründung?"

Antwort der Stadtwerke München GmbH/MVG:
„Siehe Antwort zu Frage 4."

Stellungnahme des Baureferates:
Seitens des Baureferates wird in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass der Stadtrat durch Beschluss des gemeinsamen Ausschusses für Stadtplanung und Bauordnung und des Bauausschusses vom 21.07.2004 die Verwaltung mit der Untersuchung von Langfristmaßnahmen zur Verbesserung der ÖPNV-Anbindung des neuen Fußballstadions in Fröttmaning beauftragt hat. Gemäß diesem Beschluss wurde das Baureferat beauftragt, die bautechnische Machbarkeit der dabei erforderlichen Verknüpfungen mit den Bestandsstrecken im Rahmen einer Vorplanung zu untersuchen und die gemäß dem Ergebnis der Verkehrsuntersuchung und der bautechnischen Machbarkeitsstudie weiter zu verfolgende U-Bahn-Trasse unter bautechnischen und (im Einvernehmen mit der Stadtwerke München GmbH/MVG) unter betrieblichen Gesichtspunkten zu konkretisieren.

Diese Untersuchungen werden derzeit durchgeführt. Je nach verkehrlicher und betrieblicher Variante werden hierbei gegebenenfalls Umbaumaßnahmen am U-Bahnhof Kieferngarten erforderlich werden.

Zur Vermeidung verlorener Investitionen ist daher vor Abschluss dieser vom Stadtrat beauftragten Untersuchungen und nachfolgender Beschlussfassung des Stadtrates über die weitere Vorgehensweise eine größere Erneuerungsmaßnahme am U-Bahnhof Kieferngarten, die über eine begrenzte Sanierung von einzelnen Schäden hinausgeht, aus Sicht des Baureferates nicht sinnvoll.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Montag, 5. Mai 2008

Zivilcourage?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA)

Was treibt die „Projektstelle gegen Rechtsextremismus“ in München?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA)

Lohnrückforderungen – auch in München?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA)

Liegezeiten auf Münchner Friedhöfen
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA)

Welche Haftbedingungen herrschen an Münchner Gefängnissen?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA)

Auswirkungen der jüngsten Finanzkrise auf den Unternehmensstandort München
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA)

Klarheit über die politisch motivierte Kriminalität in München – wer sind die wirklichen Politkriminellen
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA)

Münchner Patienten in der Hand von Kapitalgesellschaften?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA)

Wie gesund leben Münchner Kinder?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA)

Katharina von Bora statt Hans Hanser – eine Straßen-Umbenennung als Schildbürgerstreich
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA)

„Interkulturelle Öffnung“ als „strategisches Ziel“ der Münchner Stadtpolitik – hier: Beschäftigung von Arbeitskräften mit „Migrationshintergrund“ in der Münchner Stadtverwaltung u. a.
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern für **SPD** trägt: Alexander Reissl; für solche der **CSU**: Josef Schmid; für **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; für **FDP**: Dr. Michael Mattar; für **ÖDP**: Mechthild von Walter; für **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; für **Die Linke**: Brigitte Wolf, für **Freie Wähler**: Dr. Michael Piazolo; für **Bayernpartei**: Thomas Hummel; für **BIA**: Karl Richter. Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

Wie effizient sind „Integrationskurse“ in München – und wie kostspielig?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA)

„Gender mainstreaming“ als Zielvorgabe der Münchner Stadtpolitik?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA)

Illegale Billiglohn-Konkurrenz auf dem Münchner Pflegemarkt
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA)

Wie leben Münchner Schüler mit dem G 8?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA)

Schmierfinken das Leben schwermachen – „Graffiti“-Kriminalität wirksam bekämpfen!
Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA)

Kriminalität transparent machen – München braucht einen amtlichen Kriminalitätsatlas!
Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA)

Müll gehört in den Mülleimer – München endlich sauberer machen!
Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA)

Mehr Demokratie wagen – Ja zum Münchner Bürger-Sachverständigenrat!
Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA)

Kostenlose Mittagsnahrung für alle Münchner Schulkinder – keine Benachteiligung von Hartz IV-Kindern!
Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA)

München soll schöner werden (I) – hier: Albert-Roßhaupter-Straße bepflanzen!
Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA)

München soll schöner werden (II) – hier: weg mit den Neonröhren in der Maximilianstraße!
Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA)

Schluss mit der Vermarktung des öffentlichen Raumes – Großplakate und Werbeflächen im Stadtbild einschränken!
Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA)

Damit der Gang zum Tierheim nicht sein muss – mittellosen Münchner Tierbesitzern unter die Arme greifen!
Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA)

KARL RICHTER

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Anfrage
02.05.2008

Zivilcourage?

Einer Meldung der „Süddeutschen Zeitung" vom 23./24.02.2008 zufolge haben „einige Münchner Institutionen des öffentlichen Dialogs" zu „mehr Zivilcourage und Aufmerksamkeit" aufgerufen. Begründet wurde der Aufruf unter anderem damit, daß „Veranstaltung zum interkulturellen Dialog (...) gezielt gestört" würden und „sogar teils unter Polizeischutz gestellt" werden müßten.

Ich frage den Oberbürgermeister:

1. Welche Institutionen des „öffentlichen Dialogs" haben über die in Presseberichten erwähnten Institutionen hinaus – Volkshochschule, Idizem-Interkulturelles Dialogzentrum, evangelische Stadtakademie, Kulturzentrum der Israelitischen Kultusgemeinde – den Aufruf zu „mehr Zivilcourage und Aufmerksamkeit" unterstützt (bitte vollständige Auflistung!)

2. Welche und wie viele „Veranstaltungen zum interkulturellen Dialog" wurden seit dem Jahr 2003 in München „gezielt gestört"? (Bitte detailiert unter Angabe des Veranstalters, des Themas aufführen!)

3. Welche und wie viele „Veranstaltungen zum interkulturellen Dialog" wurden seit dem Jahr 2003 in München gestört und mußten „sogar unter Polizeischutz" gestellt werden?

3. Um wen handelte es sich bei den unter 3. und 4. aufgeführten Fällen bei den Störern?

Karl Richter
Stadtrat

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München, Tel./Fax: 089 / 65 30 88 28, E-Mail: karl.richter@web.de

KARL RICHTER

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Anfrage
02.05.2008

Was treibt die „Projektstelle gegen Rechtsextremismus" in München?

Seit 2007 berät die sogenannte „Projektstelle gegen Rechtsextremismus" mit Sitz in Bad Alexandersbad Projekte gegen „Rechtsextremismus". Eingerichtet wurde die Stelle vom sogenannten „Bayerischen Bündnis für Toleranz", dem sich u.a. die Evangelische Landeskirche, das Erzbistum München-Freising sowie das Innen- und Kultusministerium angeschlossen haben.

Ich frage den Oberbürgermeister:

1. Welche Projekte wurden von der „Projektstelle gegen Rechtsextremismus" seit ihrer Gründung 2007 in der bayerischen Landeshauptstadt München gefördert, beraten oder auf andere Weise unterstützt (bitte auflisten und Art der Projekte sowie Art der Unterstützung angeben – Beratung, finanzielle Unterstützung etc.)

2. Wie bemißt der Oberbürgermeister den Erfolg von Projekten der „Projektstelle gegen Rechtsextremismus" in München?

3. Welche Informationen liegen dem Oberbürgermeister darüber vor, ob und von welchen Institutionen ggf. die Einrichtung einer analogen „Projektstelle gegen Linksextremismus" geplant ist?

4. Welche Informationen liegen dem Oberbürgermeister darüber vor, ob und von welchen Institutionen ggf. die Einrichtung einer analogen „Projektstelle gegen Ausländer-Extremismus" geplant ist?

b.w.

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München, Tel./Fax: 089 / 65 30 88 28, E-Mail: karl.richter@web.de

5. Wenn Fragen 3. und 4. negativ beantwortet werden: welche Haltung vertritt der Oberbürgermeister zu der Tatsache, daß es zwar eine landesweit tätige „Projektstelle gegen Rechtsextremismus“ gibt, nicht aber vergleichbare und gleichwertig ausgestattete „Projektstellen“ gegen Links- und Ausländer-Extremismus?

Karl Richter
Stadtrat

KARL RICHTER

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Anfrage
02.05.2008

Lohnrückforderungen – auch in München?

Berichten u.a. des ARD-Magazins „Fakt" zufolge läßt es die Neuregelung der Insolvenzordnung zu, daß in Insolvenz geratene Unternehmen die in den letzten Monaten vor dem Firmenbankrott an Mitarbeiter gezahlten Löhne von diesen zurückfordern können. Diese Regelung gelte für den Fall, daß die bevorstehende Firmen-Insolvenz für die Arbeitnehmer „absehbar" war.

Vor der in Rede stehenden Neuregelung der Insolvenzordnung waren Löhne grundsätzlich unantastbar und wurden gegenüber Gläubigerforderungen sogar bevorzugt behandelt. Diese Regelung ist in der Neufassung der Insolvenzordnung gestrichen, was zur Folge hat, daß Arbeitnehmer z.B. mit Lieferanten gleichgestellt werden. Lohnforderungen sind demzufolge in einen „Forderungspool" einzubringen und werden gegebenenfalls mit einer Abfindungszahlung abgegolten. Laut Medienberichten wurde diese Praxis inzwischen auch durch mehrere Gerichtsentscheidungen bestätigt.

Ich frage den Oberbürgermeister:

1. Sind Fälle von Lohnrückforderungen insolventer Firmen an ihre vormaligen Arbeitnehmer seit Jahresbeginn 2008 auch in München bekannt geworden?

2. Wenn ja, um wie viele Fälle handelt es sich?

3. Welche Position nehmen Stadt und Oberbürgermeister gegenüber dieser Praxis ein?

4. Sieht der Oberbürgermeister Möglichkeiten, auf kommunaler Ebene ein Abstellen dieser Praxis herbeizuführen, die nicht nur kraß unsozial, sondern auch geeignet ist, den sozialen Frieden massiv zu gefährden?

Karl Richter
Stadtrat

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München, Tel./Fax: 089 / 65 30 88 28, E-Mail: karl.richter@web.de

KARL RICHTER

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Anfrage
02.05.2008

Liegezeiten auf Münchner Friedhöfen

Die Liegezeiten für Bestattete auf öffentlichen Friedhöfen unterscheiden sich je nach Konfession z.T. erheblich. So werden beispielsweise in Dortmund und Oberhausen für Bestattete christlichen Glaubens Liegezeiten zwischen 20 und 30 Jahren veranschlagt, für Moslems dagegen 50 Jahre. Für Bestattete jüdischen Glaubens bestehen offenbar keine Beschränkungen der Liegezeit.

Ich frage den Oberbürgermeister:

1. Wie sind die Liegezeiten auf Münchner Friedhöfen für Verstorbene a) christlichen, b) muslimischen, c) mosaischen Glaubens geregelt? (bitte Fundstelle der Vorschrift angeben!)

2. Welche „Geschäftsgrundlage" gibt es für ggf. längere Friedhofsliegezeiten für nichtchristliche Bestattete auf Münchner Friedhöfen? Bitte etwaige Vereinbarungen mit Vertretern der fraglichen Glaubensgemeinschaften angeben; a) mit muslimischen, b) mit mosaischen Vertretern.

3. Auf welchen Münchner Friedhöfen gibt es derzeit ggf. räumlich abgegrenzte Areale für a) muslimische Bestattung, b) Bestattungen von Verstorbenen mosaischen Glaubens? (Bitte detailliert auflisten!)

4. Wie viele a) muslimische Gräber, b) Gräber für Bestattete mosaischen Glaubens gibt es derzeit auf Münchner Friedhöfen? (bitte möglichst aktuellen Stand angeben, aufgelistet nach Friedhöfen)

Karl Richter
Stadtrat

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München, Tel./Fax: 089 / 65 30 88 28, E-Mail: karl.richter@web.de

KARL RICHTER

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Anfrage
02.05.2008

Welche Haftbedingungen herrschen an Münchner Gefängnissen?

Medienberichte über die Mißhandlung von Gefängnishäftlingen sorgen immer wieder für Aufsehen und werfen kein gutes Licht auf die Realität im bundesdeutschen Rechtsstaat. Experten wie der Kriminologe Christian Pfeiffer machen für Übergriffe hinter Gefängnismauern die Praxis der Mehrfachunterbringung von Häftlingen verantwortlich. „Es ist immer unberechenbar, was in einer Mehrfachzelle passiert", zitierte die Tageszeitung „Die Welt" Pfeiffer in ihrer Ausgabe vom 22.03.2008. Auch gebe es ein spezifisches „Risiko für derartige Taten, insbesondere für Vergewaltigungen (...), eben bei der Gruppenunterbringung".

Als weiterer Risikogrund für die ausufernde Gewalt in Haftanstalten ist unter Experten darüber hinaus der weit überproportionale Ausländeranteil an Insassen deutscher Haftanstalten unumstritten. Auch in bayerischen Haftanstalten sind Häftlinge mit „Migrationshintergrund" erheblich überrepräsentiert; nach Angaben des bayerischen Justizministeriums lag der Ausländeranteil in bayerischen Justizvollzugsanstalten im Sommer 2007 bei 30,39 Prozent.

Ich frage den Oberbürgermeister deshalb:

1. Wie viele Fälle von Häftlingsmißhandlung insgesamt ereigneten sich im Zeitraum zwischen 2003 und 2008 an Münchner Justizvollzugsanstalten? (bitte nach einzelnen JVA´s aufschlüsseln!)

2. Wie viele Fälle von Gruppenvergewaltigung ereigneten sich im gleichen Zeitraum in Münchner Gefängnissen (bitte nach einzelnen JVA´s aufschlüsseln!)

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München, Tel./Fax: 089 / 65 30 88 28, E-Mail: karl.richter@web.de

3. Inwieweit ist auch an Münchner Justizvollzugsanstalten die Mehrfachzellenbelegung die gängige Form der Zellenunterbringung (bitte Auslastungs- bzw. Überbelegungszahlen für die einzelnen Münchner JVA´s aufführen!)

4. In wie vielen Fällen kam es zu welchen Sanktionen gegen Häftlinge, denen Übergriffe gegen Mithäftlinge nachgewiesen werden konnten?

5. In wie vielen Fällen kam es zu welchen disziplinarrechtlichen Konsequenzen gegen Aufsichtspersonal (bitte nach einzelnen Münchner JVA´s aufschlüsseln!)

6. Welche – zahlenmäßige und qualitative – Entwicklung der Häftlingsgewalt an Münchner Justizvollzugsanstalten läßt sich seit dem Jahr 2000 beobachten?

7. Wie hoch liegt der Anteil von Häftlingen mit „Migrationshintergrund" an den Gesamtzahlen der Insassen von Münchner Justizvollzugsanstalten (bitte nach einzelnen Münchner JVA´s aufschlüsseln!)

8. Wie entwickelte sich der Anteil von Insassen mit „Migrationshintergrund" an der Gesamtzahl der Insassen an Münchner Justizvollzugsanstalten seit dem Jahr 2000 (bitte aufschlüsseln nach Nationalitäten und einzelnen JVA´s!)

9. Inwieweit hält der Münchner Oberbürgermeister die Haftbedingungen an Münchner Justizvollzugsanstalten für vertretbar und „normal"?

Karl Richter
Stadtrat

KARL RICHTER

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Anfrage
02.05.2008

Auswirkungen der jüngsten Finanzkrise auf den Untenehmensstandort München

Nach Angaben des Finanzdatenanbieters „Bloomberg" mußten bis März 2008 als Folge der jüngsten Finanzkrise allein bei den Banken der Wall Street rund 34.000 Arbeitsplätze gestrichen werden; die Zahl könnte mittelfristig auf mehr als 100.000 steigen, berichtete die Nachrichtenagentur dpa am 25.03.2008.

Ich frage den Oberbürgermeister:

1. Über welche Informationen verfügt der Oberbürgermeister, wie viele Arbeitsplätze bei Münchner Firmen im Gefolge der jüngsten Finanzkrise gestrichen werden mußten?

2. Welche Unternehmensbranchen wurden nach den dem Oberbürgermeister vorliegenden Informationen in München besonders von der jüngsten Finanzkrise in Mitleidenschaft gezogen?

3. Inwieweit wurde von welchen Institutionen (ggf. Landesbank, Wirtschaftsverbände, Unternehmervereinigungen etc.) versucht, die Auswirkungen der jüngsten Finanzkrise auf die Münchner Wirtschaft abzudämpfen?

4. Mit welchem Erfolg?

Karl Richter
Stadtrat

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München, Tel./Fax: 089 / 65 30 88 28, E-Mail: karl.richter@web.de

KARL RICHTER

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Anfrage
02.05.2008

Klarheit über die politisch motivierte Kriminalität in München - wer sind die wirklichen Polit-Kriminellen?

Ich frage den Oberbürgermeister:

1. Wie viele „linksextremistisch" motivierte Straftaten wurden im Jahr 2007 in der bayerischen Landeshauptstadt München registriert (bitte mit Vergleich zu 2006)?

2. Wie viele davon wurden von Tätern mit „Migrationshintergrund" begangen (bitte prozentual und in absoluten Zahlen angeben)?

3. Wie viele „rechtsextremistisch" motivierte Straftaten wurden im Jahr 2007 in der bayerischen Landeshauptstadt München registriert (bitte mit Vergleich zu 2006)?

4. Wie viele davon wurden von Tätern mit „Migrationshintergrund" begangen (bitte prozentual und in absoluten Zahlen angeben)?

5. Wie viele sonstige politisch motivierte Straftaten wurden im Jahr 2007 in München von Tatverdächtigen mit „Migrationshintergrund" begangen? Wie haben sich die entsprechenden Fallzahlen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum, zum Jahr 2004 und zum Jahr 2000 entwickelt?

6. Wie hoch lag der Anteil der sogenannten „Propagandadelikte" (Verstöße gegen StGB §§ 86, 86a) prozentual an allen „rechtsextremistisch" motivierten Straftaten in München im Jahr 2007?

7. Gibt es vergleichbare Delikte, die vorzugsweise von „linksextremistischen" Straftätern begangen werden?

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München, Tel./Fax: 089 / 65 30 88 28, E-Mail: karl.richter@web.de

8. Wie hoch lag der Anteil der Gewaltdelikte (prozentual) an allen „rechtsextremistisch" motivierten Straftaten in München im Jahr 2007 (bitte mit Vergleich zu den Jahren 2004 und 2000)?

9. Wie hoch lag der Anteil der Gewaltdelikte (prozentual) an allen „linksextremistisch" motivierten Straftaten in München im Jahr 2007 (bitte mit Vergleich zu den Jahren 2004 und 2007)?

10. Wie viele Fälle von „rechtsextremistisch" motivierter Gewalt gab es im Jahr 2007 in München insgesamt (absolute Zahlen)?

11. Wie viele Fälle von „linksextremistisch" motivierter Gewalt gab es im Jahr 2007 in München ingesamt (absolute Zahlen)?

12. Welche Einschätzung trifft der Oberbürgermeister über die Entwicklung a) der „rechtsextremistischen", b) der „linksextremistischen", c) der von Tätern mit „Migrationshintergrund" zu verantwortenden politisch motivierten Kriminalität in München seit dem Jahre 2000?

13. Welche Prognose stellt der Oberbürgermeister über die mutmaßliche künftige Entwicklung a) der „rechtsextremistischen", b) der „linksextremistischen", c) der von Tätern mit „Migrationshintergrund" zu verantwortenden politisch motivierten Kriminalität in München in den kommenden Jahren?

Karl Richter
Stadtrat

KARL RICHTER

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Anfrage
02.05.2008

Münchner Patienten in der Hand von Kapitalgesellschaften?

Einer Regelung des V. Sozialgesetzbuches zufolge können Krankenkassen mit Kapitalgesellschaften Verträge über die Organisation der ambulanten und stationären Patientenversorgung abschließen. Einer der „prominentesten", weil auch in der Medienberichterstattung thematisierten derartigen Kooperationsverträge wurde vor über zwei Jahren zwischen der AOK Bayern und der „Ventario GmbH" über die Behandlung herzkranker Patienten abgeschlossen. Für die von der „Ventario GmbH" zu erbringenden Leistungen sollte die Gesellschaft jährlich für jeden eingeschriebenen Patienten von der AOK 600,- Euro und der Hausarzt 60,- Euro erhalten. Bei den bayerischen Ärzten stieß diese Kooperation seinerzeit auf erheblichen Widerstand.

Für weiteres Aufsehen sorgte Ende 2007 der zwischen der DAK und der US-Aktiengesellschaft Healthways abgeschlossene Vertrag zur Betreuung chronisch Kranker in Bayern und Baden-Württemberg.

Ich frage den Oberbürgermeister:

1. Über welche Informationen verfügt der Oberbürgermeister darüber, ob und in welchem Ausmaß Münchner Patienten ebenfalls bereits von vergleichbaren Kooperationen zwischen Krankenkassen und privaten Kapitalgesellschaften betroffen sind?

2. Über welche Informationen verfügt der Oberbürgermeister darüber, ob und in welchem Ausmaß an Münchner Krankenhäusern erbrachte Dienstleistungen Gegenstand vergleichbarer Kooperationsverträge zwischen Krankenkassen und privaten Kapitalgesellschaften sind? b.w.

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München, Tel./Fax: 089 / 65 30 88 28, E-Mail: karl.richter@web.de

3. Welche Möglichkeit sieht der Oberbürgermeister gegebenenfalls, der weiteren Veräußerung medizinischer Dienstleistungen – und zwar im ambulanten wie im stationären Bereich – im Rahmen von Kooperationsmodellen zwischen Krankenkassen und privaten Kapitalgesellschaften auf kommunaler Ebene entgegenzuwirken?

Karl Richter
Stadtrat

KARL RICHTER

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Anfrage
02.05.2008

Wie gesund leben Münchner Kinder?

Nach einer im März vorab veröffentlichten Studie des Kinderhilfswerks Unicef wachsen deutsche Kinder unter schlechteren Bedingungen auf als Kinder in Skandinavien oder Frankreich. Unicef zufolge „liegt die Kindergesundheit in Deutschland nur auf dem elften Platz von insgesamt 21 untersuchten Industrieländern" (hier zit. nach: „Süddeutsche Zeitung", 25.03.2008). Bei einem Geburtsgewicht von weniger als 2500 Gramm bei knapp sieben Prozent aller Neugeborenen liege Deutschland im internationalen Vergleich sogar nur auf Platz 14. Die Unicef habe in ihrem Bericht die Situation insbesondere unter den Aspekten „materielle Lage von Kindern", „Bildung", „Erziehung", „Beziehungen zu Eltern und Freunden", „Risiken für Kinder im Alltag", „subjektives Wohlbefinden von Kindern" untersucht.

Ich frage den Oberbürgermeister:

1. Welche Vergleichszahlen liegen für Lebensbedingungen und Gesundheit von Kindern in München vor?

2. Welche Vergleichszahlen liegen insbesondere für „Münchner" Kinder a) mit „Migrationshintergrund" und b) ohne „Migrationshintergrund" vor?

3. Welche Institutionen außerhalb des städtischen Gesundheitsamtes verfügen über bzw. generieren aussagekräftige Daten zur Gesundheit von Münchner Kindern im besonderen, der Münchner Stadtbevölkerung im allgemeinen?

Karl Richter
Stadtrat

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München, Tel./Fax: 089 / 65 30 88 28, E-Mail: karl.richter@web.de

KARL RICHTER

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Anfrage
02.05.2008

Katharina von Bora statt Hans Meiser –
eine Straßen-Umbenennung als Schildbürgerstreich?

Der Münchner Stadtrat beschloß am 18. Juli 2007, die „Hans-Meiser-Straße" zu entwidmen. Im Februar 2008 folgte der Beschluß, die Straße künftig nach Katharina von Bora, der Ehefrau des Reformators Martin Luther zu benennen. Hintergrund der Umbenennung sind Vorwürfe gegen den früheren evangelischen Landesbischof Hans Meiser wegen angeblichen „Antisemitismus'". Die Antwürfe gehen im wesentlichen auf einen 1926 veröffentlichten Aufsatz Meisers unter dem Titel „Die Judenfrage" zurück, in dem sich der Verfasser zwar völkischer Argumentationsmuster bediente, sich aber gegen jegliche Gewaltmaßnahmen gegen Juden aussprach und vielmehr ihre Bekehrung forderte (die im übrigen auch Gegenstand der geltenden Kafreitags-Fürbitten des Vatikans ist).

Die inzwischen erfolgte Umbenennung der Hans-Meiser- in Katharina-von-Bora-Straße ist unter dem Aspekt des „Antisemitismus" ausgesprochen problematisch und hat nachgerade das Zeug zum handfesten Eigentor. Bekanntlich verfaßte Martin Luther, Ehemann der Katharina von Bora, einige berüchtigte antisemitische Traktate, von denen die bekanntesten „Von den Juden und ihren Lügen" (erschienen 1543) und „Vom Schem Hamphoras und vom Geschlecht Christi" (ebenfalls 1543) sind. Diese Schriften sind u.a. im Lesesaal der Bayerischen Staatsbibliothek einzusehen, und zwar in „D. Martin Luthers Werke. Kritische Gesamtausgabe", Bd. 53, Weimar 1920, S. 417-552 und S. 579-648. In diesen Traktaten hat Luther nicht nur die Zerstörung von jüdischen Synagogen und Schulen, sondern auch zur Vertreibung der Juden aufgerufen, womit nach gegenwärtiger Rechtsprechung der Tatbestand der Volksverhetzung nach § 130 StGB zweifelsfrei erfüllt wäre.

b.w.

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München, Tel./Fax: 089 / 65 30 88 28, E-Mail: karl.richter@web.de

Wäre Katharina von Bora heute im öffentlichen Dienst tätig, würde sie – sollte sie sich nicht rechtzeitig scheiden lassen – wegen der „antisemitischen" bzw. „rechtsextremistischen" Aktivitäten ihres Mannes vermutlich entlassen oder in den vorzeitigen Ruhestand versetzt werden.

Tatsache ist, daß der Münchner Stadtrat mit der in Rede stehenden Umwidmung einen sehr milden „Antisemiten" – den früheren evangelischen Landesbischof Hans Meiser – gegen die Ehefrau und Sympathisantin eines – zumindest verbal – außerordentlich rabiaten „Antisemiten", nämlich Martin Luthers, eingetauscht hat. Man fragt sich, wo hier die Verbesserung liegen soll; zumindest wirft die fragliche Umbenennung kein gutes Licht auf den Stand der Allgemeinbildung im Münchner Stadtrat.

Ich frage den Oberbürgermeister deshalb:

1. Welche Kenntnis hat der Oberbürgermeister darüber, ob und in welcher Form sich Katharina von Bora öffentlich von den antisemitischen Tiraden ihres Mannes distanziert hat?

2. Welche Anstrengungen bzw. Recherchen wurden über den familiären und politisch-theologischen Hintergrund der Katharina von Bora angestellt, um einen möglichen Image-Schaden von der Stadt München durch Umwidmung einer Münchner Straße an die Ehefrau eines bekennenden „Antisemiten" zu verhindern?

3. Welche Anstrengungen haben Stadtrat und Oberbürgermeister nach Bekanntwerden des persönlichen und politisch-theologischen Hintergrundes der Katharina von Bora unternommen, um sich – um Schaden vom Ansehen der Stadt Münchens abzuwenden – von Gesinnung und Person der neuen Namensträgerin zu distanzieren (bitte dokumentieren!)

4. Durch welche Bildungs- bzw. Aufklärungsmaßnahmen beabsichtigt der Oberbürgermeister künftig zu verhindern, daß durch Unkenntnis und fehlende Allgemeinbildung der zuständigen städtischen Entscheidungsträger auch künftig umzubenennende Münchner Straßen an „Antisemiten" bzw. Angehörige ihres persönlichen Umfeldes umgewidmet werden?

5. Inwieweit hält es der Oberbürgermeister für vertretbar und dem Ansehen Münchens zumutbar, daß ausgerechnet in München, der früheren NS-„Hauptstadt der Bewegung", noch heute eine „Martin-Luther-Straße" an einer „Martin-Luther-Kirche" – nämlich im Stadtteil Giesing – vorbeiführt?

6. Welche Kenntnis hat der Oberbürgermeister ggf. von Bestrebungen, auch die „Martin-Luther-Straße" sowie die „Martin-Luther-Kirche" umzuwidmen (bitte dokumentieren!)

Karl Richter
Stadtrat

KARL RICHTER

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Anfrage
02.05.2008

„Interkuturelle Öffnung" als „strategisches Ziel" der Münchner Stadtpolitik - hier: Beschäftigung von Arbeitskräften mit „Migrationshintergrund" in der Münchner Verwaltung u.a.

Nach Angaben des Statistischen Amtes der Stadt München lag der Anteil von AusländerInnen (sic) an der Münchner „Hauptwohnsitzbevölkerung" mit Stand vom 31.12.2005 bei 23,3 Prozent. Gleichzeitig liegt laut Selbstdarstellung der beim Münchner Sozialreferat angesiedelten „Stelle für interkulturelle Arbeit" ein „wesentlicher Beitrag der Landeshauptstadt München zur Gestaltung von Integrationsprozessen (...) in der interkulturellen Orientierung und Öffnung der Stadtverwaltung"; diese „interkulturelle Orientierung" habe nachgerade „strategische Funktion" (alle Zitate nach: www.muenchen.de/interkult).

Ich frage den Oberbürgermeister:

1. Welchen quantitativen Ansatz verfolgt die von der Stadtverwaltung angestrebte „interkulturelle (...) Öffnung der kommunalen Verwaltung"? Wird angestrebt, daß sich der jeweils aktuelle Anteil von Menschen mit „Migrationshintergrund" an der Münchner Bevölkerung in einem adäquaten Anteil von Beschäftigten mit „Migrationshintergrund" an den in der kommunalen Verwaltung Beschäftigten niederschlägt? (laut Selbstauskunft der „Stelle für interkulturelle Arbeit" wurden „operationalisierte Ziele aller Verwaltungseinheiten zur interkulturellen Orientierung und Öffnung" sowie aussagekräftige „Ziellerreichungsquoten" formuliert).

2. Wenn ja: inwieweit konnte dieser Ansatz verwirklicht werden?

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München, Tel./Fax: 089 / 65 30 88 28, E-Mail: karl.richter@web.de

3. Wie viele Beschäftigte mit „Migrationshintergrund" sind derzeit bei Einrichtungen der kommunalen Verwaltung sowie anderen kommunalen Dienstleistern (Städtische Bibliotheken, Schwimmbäder, Friedhofsverwaltung etc.) beschäftigt? (Bitte möglichst aktuellen Stand angeben – Aufgliederung bitte möglichst detailliert für die städtischen Referate! Bitte in absoluten Zahlen und Prozentanteilen angeben!)

4. Wie hoch ist der Anteil „Führungskräfte sowie der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund" bei der Münchner Stadtverwaltung (bitte für jedes städtische Referat angeben!)

5. Wie hoch ist der Anteil der „Nachwuchskräfte mit Migrationshintergrund" bei der Münchner Stadtverwaltung (bitte für jedes städtische Referat angeben!)

6. Laut Selbstdarstellung der „Stelle der interkulturelle Arbeit" kommt der städtischen Verwaltung bei der Umsetzung der „interkulturellen Orientierung und Öffnung der Stadtverwaltung" eine „Vorbildfunktion" zu, und zwar insbesondere mit Blick auf die „interkulturelle Orientierung und Öffnung der sozialen Einrichtungen (...), der Schulen sowie der städtischen Gesellschaften": in welcher Weise – quantitativ und/oder qualitativ – nimmt die Stadtverwaltung diese „Vorbildfunktion" konkret wahr?

7. Laut Selbstdarstellung der „Stelle für interkulturelle Arbeit" hat die von der Stadt verfolgte „interkulturelle Orientierung (...) Beteiligung an Veränderungsprozessen zum Ziel", die auch die „Mehrheitsgesellschaft bzw. die aufnehmende Gesellschaft" betreffen: welche konkret angestrebten „Veränderungsprozesse", denen die Münchner „Mehrheitsgesellschaft" – möglicherweise, ohne darüber informiert oder befragt worden zu sein – ausgesetzt ist, sind damit gemeint?

8. Wie legitimiert die Stadtverwaltung die von der „Stelle für interkulturelle Verwaltung" formulierten Veränderungs- und Öffnungs-Ziele, die über die kommunale Verwaltung hinaus auch in die „Mehrheitsgesellschaft" implementiert werden sollen?

9 Laut Selbstdarstellung der „Stelle für interkulturelle Arbeit" drückt sich die „Bereitschaft" der „Aufnahmegesellschaft" zur Integration von Menschen mit „Migrationshintergrund" „unter anderem in der interkulturellen Orientierung und Öffnung der Verwaltung aus": wann und in welcher Weise wurde die Münchner „Aufnahmegesellschaft" über ihre hier vorausgesetzte „Bereitschaft" zur Integration von Menschen mit „Migrationshintergrund" befragt? (bitte ggf. erfolgte Bürgerbefragung o.ä. dokumentieren!)

10. Inwieweit fand über die von der „Stelle für interkulturelle Verwaltung" formulierten „interkulturellen" Veränderungs-, Orienierungs- und Öffnungsziele eine Information der Münchner „Aufnahmegesellschaft" statt (bitte dokumentieren: ggf. Informationsmaterialien der Stadt bzw. der „Stelle für interkulturelle Arbeit" mit Erscheinungsdatum, Autoren und Auflagenzahlen; ggf. Informationsveranstaltungen der Stadt, der „Stelle für interkulturelle Arbeit" und ggf. weiterer damit betrauter Institutionen mit Datum und Ort)?

Karl Richter
Stadtrat

KARL RICHTER

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Anfrage
02.05.2008

Wie effizient sind „Integrationskurse" in München – und wie kostspielig?

Nach Auskunft des Münchner Amtes für Wohnen und Migration wurden mit Stand vom Mai 2007 in München von insgesamt 29 Trägern an 66 Orten im Stadtgebiet sogenannte „Integrationskurse" nach dem Zuwanderungsgesetz angeboten. Nach Angaben des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge lag der Anteil der Kursabsolventen, die die Abschlußprüfung erfolgreich bestehen, im März 2007 bei rund 40 Prozent.

Ich frage den Oberbürgermeister:

1. Wie viele Träger boten im April 2008 in München „Integrationskurse" an (wahlweise bitte aktuellsten dokumentierbaren Stand angeben!)?

2. Wie viele Personen mit „Migrationshintergrund" haben seit Einführung des „Integrationskurses" im Jahre 2005 bei Münchner Trägerinstitutionen einen solchen Kurs absolviert?

3. Wie hoch liegt der Anteil der Absolventen mit erfolgreichem Kursabschluß in München (bitte jahrweise angeben)?

4. Wurden Effizienz und Qualität der von Münchner Trägerinstitutionen angebotenen Integrationskurse zwischen 2005 und 2008 speziell evaluiert, etwa analog zur Untersuchung von Integrationskursen durch die Beraterfirma Ramboll Management im Auftrag des Bundesinnenministeriums (Bericht liegt seit Januar 2007 vor)?

5. Wenn ja, mit welchen Ergebnissen?

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München, Tel./Fax: 089 / 65 30 88 28, E-Mail: karl.richter@web.de

6. Mit welchen Summen wurden die von Münchner Trägerinstitutionen seit 2005 veranstalteten Integrationskurse bezuschußt – zugrundegelegt die Tatsache, daß jede Stunde eines auf 645 Unterrichtsstunden angesetzten Integrationskurses nur in Höhe von einem (in Zahlen: 1) Euro vom Kursteilnehmer bezahlt werden muß, während der Rest vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge übernommen wird (bitte jahrweise angeben)?

7. Die Regelung zugrundegelegt, daß Kursteilnehmer, die Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld II beziehen, auch von den Restkosten in Höhe von 645 Euro befreit werden können – wie viele Teilnehmer an Integrationskursen in München machten von dieser Möglichkeit zwischen 2005 und 2008 Gebrauch? Welche zusätzlichen Kosten wurden infolgedessen von der öffentlichen Hand übernommen (bitte jahrweise angeben)?

8. Zugrundegelegt die Regelung, daß Teilnehmer an Integrationskursen, die Bezieher von Arbeitslosengeld II sind, auf Antrag die anfallenden Fahrtkosten erstattet erhalten – wie viele Teilnehmer an Integrationskursen in München machten von dieser Möglichkeit zwischen 2005 und 2008 Gebrauch? Welche zusätzlichen Kosten wurden infolgedessen von der öffentlichen Hand übernommen (bitte jahrweise angeben)?

Karl Richter
Stadtrat

KARL RICHTER

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Anfrage
02.05.2008

„Gender mainstreaming" als Zielvorgabe der Münchner Stadtpolitik?

Laut „Antidiskriminierungsvereinbarung" der Stadt München (im folgenden zit. nach: 1. Aufl., Dez. 2005, Hrsg. Landeshauptstadt München, Personal- und Organisationsreferat sowie Gesamtpersonalrat) unterstützt die Landeshauptstadt „mit Nachdruck Maßnahmen zur Förderung der Akzeptanz und Toleranz von gleichgeschlechtlichen Lebensweisen". Zudem werden die „Ziele und Maßnahmen zur Umsetzung des Gender-Mainstreaming-Ansatzes als Querschnittsaufgabe" der Stadtverwaltung ausgewiesen.

Einem Definitionsansatz des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zufolge bezeichnet „Gender (...) die gesellschaftlich, sozial und kulturell geprägten Geschlechtsrollen von Frauen und Männern. Diese sind – anders als das biologische Geschlecht – erlernt [sic] und damit auch veränderbar [sic]. Mainstreaming bedeutet, daß eine bestimmte inhaltliche Vorgabe, die bisher nicht das Handeln bestimmt hat, nun zu einem wichtigen Bestandteil bei allen Vorhaben gemacht wird." (zit. nach: www.bmfsfj.de).

Die Publizistin Gabriele Kuby kommentiert diesen Ansatz wie folgt: „Gender Mainstreaming ist das politische Programm zur Aufhebung der Geschlechtsidentität von Mann und Frau. Es ist das Zerstörungsprogramm der Familie. (...) Es geht um ´social engineering´, um die Schaffung des neuen Menschen. Das Wesensmerkmal des neuen Gender-Menschen ist es, seine geschlechtliche Identität und sein sexuelles Verhalten losgelöst von jeder moralischen Norm ´frei´ zu bestimmen und auszuleben – von Kindesbeinen an." (G. Kuby, Auf dem Weg zum neuen Gender-Menschen. Verstaatlichung der Erziehung, Kisslegg, 2. Aufl. 2007, S. 45f.)

b.w.

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München, Tel./Fax: 089 / 65 30 88 28, E-Mail: karl.richter@web.de

Ich frage den Oberbürgermeister:

1. Was bedeutet die in der „Antidiskriminierungsvereinbarung" der Stadt München gewählte Formulierung, die Stadt München unterstütze Maßnahmen zur Förderung der Akzeptanz und Toleranz von gleichgeschlechtlichen Lebensweisen „mit Nachdruck", konkret? Welche und wie viele „Maßnahmen" zur „Förderung der Akzeptanz und Toleranz von gleichgeschlechtlichen Lebensweisen" unterstützt die Stadt München derzeit im Münchner Stadtgebiet konkret? (bitte möglichst detailliert aufführen!)

2. Im Wege welcher Projekte und Einzelmaßnahmen wird im laufenden Schuljahr 2007/2008 an Münchner Schulen die „Akzeptanz und Toleranz von gleichgeschlechtlichen Lebensweisen" aktiv gefördert? (bitte möglichst detailliert aufführen!)

3. Bei der „nachdrücklichen" Unterstützung von „Maßnahmen zur Förderung der Akzeptanz und Toleranz von gleichgeschlechtlichen Lebensweisen", wie sie von der Stadt München vertreten wird, handelt es sich um eine markante Einflußnahme auf die Entwicklung der Gesellschaft und insbesondere auf die Entwicklung der gesellschaftlichen Wertmaßstäbe. Wann und mit welchen Mitteln wurde die Münchner Öffentlichkeit über Ziele und Tragweite der von der Stadt verfolgten Toleranz- und Akzeptanz-Politik gegenüber „gleichgeschlechtlichen Lebensweisen" informiert? (Bitte ggf. Informationsmaterialien der Stadt München mit Erscheinungsdatum, Angabe der Autoren und Auflagenstärken sowie ggf. Informationsveranstaltungen und -kampagnen der Stadt München mit Datums- und Ortsangaben sowie Nennung der verantwortlichen Stellen der Stadt München aufführen!)

4. Wann und mit welchen Mitteln wurde die Münchner Öffentlichkeit über Ziele und Tragweite der von der Stadt verfolgten „Gender-Mainstreaming"-Politik informiert? (Bitte ggf. Informationsmaterialien der Stadt München mit Erscheinungsdatum, Angabe der Autoren und Auflagenstärken sowie ggf. Informationsveranstaltungen und -kampagnen der Stadt München mit Datums- und Ortsangaben sowie Nennung der verantwortlichen Stellen der Stadt München aufführen!)

5. Wie legitimiert sich die „Gender Mainstreaming"-Politik der Stadt München?

5. Inwieweit kann sich der Oberbürgermeister dem Argument anschließen, bei der „mit Nachdruck" forcierten Gender-Mainstreaming-Zielstellung der Stadt München handle es sich um den aktiven Versuch, gesellschaftliche – insbesondere überlieferte – Wertmaßstäbe außer Kraft zu setzen und neue Maßstäbe für gesellschaftliches Verhalten zu implementieren?

Karl Richter
Stadtrat

KARL RICHTER

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Anfrage
02.05.2008

Illegale Billiglohn-Konkurrenz auf dem Münchner Pflege-Markt?

Medienberichten – u.a. der „Süddeutschen Zeitung" – zufolge droht die „illegale Konkurrenz aus Osteuropa (...) den Markt für Pflegedienste dramatisch zu verändern" (zit. nach: SZ, 12.03.2008). Die osteuropäischen Pflegekräfte arbeiteten „schwarz", meist für Löhne von 800 bis 1200 Euro. „Von Öffentlichkeit und Politik wird diese Dienstleistungsform de facto akzeptiert", zitiert die „Süddeutsche Zeitung" den Münchner Sozialreferenten Graffe, „weil hierdurch zusätzliche Kosten vermieden werden".

Ich frage den Oberbürgermeister hierzu:

1. In welcher Größenordnung bewegt sich die illegale Beschäftigung osteuropäischer Billiglohnkräfte im Pflegesektor in der bayerischen Landeshauptstadt? (Bitte Quellen angeben!)

2. Welche Einschätzung kann der Oberbürgermeister hinsichtlich der von Medien zitierten Prognose von Sozialreferent Graffe treffen, die osteuropäische Konkurrenz werde den einheimischen Pflegemarkt verändern? Mit welchen Veränderungen ist nach Auffassung des Oberbürgermeisters zu rechnen?

3. Inwieweit liegen bereits Stellungnahmen vonseiten der Pflegefachgesellschaften (z.B. der DBfK) vor, was die Auswirkungen der vermehrten Präsenz osteuropäischer Billig-Pflegekräfte auf die Einhaltung der geltenden Qualitätsempfehlungen für die Pflege- und Intensivpflegedienste angeht?

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München, Tel./Fax: 089 / 65 30 88 28, E-Mail: karl.richter@web.de

4. Falls nein, wurde bereits ein diesbezügliches Fachgespräch mit den Pflegefachgesellschaften durchgeführt? Oder ist beabsichtigt, ein solches Fachgespräch zu führen?

5. Will die Stadt München an der von Sozialreferent Graffe skizzierten Linie festhalten, wonach „Öffentlichkeit und Politik (...) diese Dienstleistungsform de facto akzeptiert" hätten? Wenn ja, warum?

Karl Richter
Stadtrat

KARL RICHTER

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Anfrage
02.05.2008

Wie leben Münchner Schüler mit dem G 8?

Die Einführung des achtjährigen Gymnasiums (G 8) ist nach wie vor umstritten. Erst im März 2008 forderte die „G 8-Elterninitiative Ingolstadt" von der bayerischen Kultuspolitik eine „verläßliche Oberstufengestaltung" für die ersten G 8-Klassen. Ganz allgemein klagen Schüler und Eltern über mehr Streß und ausgedünnte Lehrplaninhalte infolge der G 8-Einführung

Ich frage den Oberbürgermeister:

1. Welche Erfahrungen mit dem achtjährigen Gymnasium G 8 liegen speziell in München vor?

2. Von welcher bzw. welchen Institutionen wurden die Erfahrungen, die Münchner Gymnasien mit dem G 8 machten, dokumentiert, registriert und ausgewertet?

3. Wenn ja: welche Münchner Gymnasien wurden für den Befund herangezogen? Nach welchen Kriterien wurden die beobachteten bzw. untersuchten Gymnasien ausgewählt?

4. Von welcher bzw. welchen Institutionen wurden ggf. Erfahrungen betroffener Schüler und ihrer Familien mit dem G 8 dokumentiert und ausgewertet?

Karl Richter
Stadtrat

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München, Tel./Fax: 089 / 65 30 88 28, E-Mail: karl.richter@web.de

KARL RICHTER

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Antrag
02.05.2008

Schmierfinken das Leben schwermachen –
„Graffiti"-Kriminalität wirksam bekämpfen!

Ich beantrage:

1. Es wird geprüft, mittels welcher Maßnahmen und Initiativen die Bekämpfung von unerlaubten Veränderungen des Erscheinungsbildes von Gebäuden und öffentlichen Einrichtungen („Graffiti") in der bayerischen Landeshauptstadt intensiviert und in ihrer Wirkung gesteigert werden kann;

2. die Stadt München initiiert die Gründung einer kommunalen „Ordnungspartnerschaft" zwischen Stadt, Handwerksinnungen und Polizei, damit allen durch „Graffiti"-Kriminalität Geschädigten rasch bei der Beseitigung von Schäden geholfen und die Schäden durch Anschaffung und Einsatz innovativer Technik (z.B. eines „Anti-Graffiti-Mobils") zeitnah beseitigt werden können;

3. die Stadt München prüft, ob und inwieweit Anschaffung und Einsatz innovativer Mittel zur Beseitigung von „Graffiti"-Schäden durch Einnahmen aus Straf-, Buß- und Ordnungsgeldern möglichst kostendeckend bestritten werden können;

4. der Stadtrat wird über die Ergebnisse der Prüfung (Punkt 3. dieses Antrags) informiert.

b.w.

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München, Tel./Fax: 089 / 65 30 88 28, E-Mail: karl.richter@web.de

Begründung:

Auch die bayerische Landeshauptstadt hat ein „Graffiti"-Problem. Bei den dabei auftretenden Schäden und Veränderungen des Erscheinungsbildes von Gebäuden und Fremdeigentum handelt es sich nicht nur um eine Verschandelung des öffentliches Bildes unserer Stadt, sondern auch um handfeste Sachbeschädigung, die zumeist mit immensen Kosten für die öffentliche Hand sowie für die betroffenen Haus- und Grundstücksbesitzer verbunden ist.

Darüber hinaus sind „Graffiti"-Schmierereien auch ein Ausdruck allgemeiner gesellschaftlicher Verwahrlosungstendenzen. Schon unter diesem Aspekt sollte sich die Stadt in der Pflicht sehen, Schmierereien im öffentlichen Raum mit Nachdruck entgegenzutreten.

Nicht zuletzt die Achtung vor fremdem Eigentum und der Schutzanspruch geschädigter Haus- und Grundstücksbesitzer legen auch in München eine Intensivierung der Bekämpfung der „Graffiti"-Kriminalität nahe. Untersuchungen z.B. in Pforzheim haben gezeigt, daß sich die Zahl von „Graffiti"-Schmierereien um rund zwei Drittel reduzieren läßt, wenn es gelingt, neue Farbschmierereien innerhalb von 24 bis 48 Stunden zu beseitigen. Potentielle Täter werden dadurch demotiviert.

Zur Bekämpfung von Schmierereien im öffentlichen Raum stehen heute technisch innovative Möglichkeiten zur Verfügung, in erster Linie sogenannte „Anti-Graffiti-Mobile". Dabei handelt es sich um Kleintransporter mit modernem Farbtonmeßgerät, das den ursprünglichen Farbton einer Wand analysiert; eine computergesteuerte Farbdosieranlage kann mehr als eine Million verschiedener Farbtöne nachmischen und die Farbschmiererei in Minutenschnelle überdecken.

Durch Gründung einer kommunalen „Ordnungspartnerschaft Graffiti-Kriminalität" zwischen Stadt, Handwerksinnungen und Polizei könnte – wie in Nordrhein-Westfalen bereits erfolgreich erprobt – auch in München diese innovative Technik angeschafft und eingesetzt werden.

Neben kommunalen Einnahmen aus Straf-, Buß- und Ordnungsgeldern könnten zur Anschaffung und zum Einsatz dieser Technik auch zur Verfügung stehende private Spendenmittel verwendet werden, damit Schäden durch „Graffiti"-Schmierereien rasch beseitigt, den Geschädigten zeitnah geholfen und potentielle Schmierer demotiviert werden.

Karl Richter
Stadtrat

KARL RICHTER

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Antrag
02.05.2008

Kriminalität transparent machen –
München braucht einen amtlichen Kriminalitätsatlas!

Ich beantrage:

1. Der Oberbürgermeister der Stadt München legt dem Stadtrat und der Öffentlichkeit einmal jährlich einen in Zusammenarbeit mit dem Münchner Polizeipräsidium zu erstellenden Kriminalitätsatlas vor, der

   ● auf der Datengrundlage des bereits im Einsatz befindlichen „Geographischen Lage-, Analyse-, Darstellungs- und Informationssystems" (GLADIS) sowie anderer Datenerfassungs- und -mining-Systeme und

   ● in kartographischer Form

   die Kriminalitätsbelastung und -entwicklung in München wiedergibt und transparent macht.

2. Der Oberbürgermeister informiert den Stadtrat über ggf. bereits erfolgte oder zum Zweck des Antrags erfolgende Fachgespräche mit der Münchner Polizei.

Begründung:

Der Berliner Innensenator Ehrhardt Körting und Polizeipräsident Dieter Glietsch legten am 07.03.2008 erstmals einen „Bericht über die Kriminalitätsbelastung in öffentlichen Räumen" vor; er soll künftig regelmäßig aktualisiert werden, um – so Körting – „die Öffentlichkeit seriös und aussagekräftig über Straftaten in den Kiezen zu informieren".

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München, Tel./Fax: 089 / 65 30 88 28, E-Mail: karl.richter@web.de

Was dem Berliner Innensenator recht ist, sollte dem Münchner Oberbürgermeister billig sein. Die bayerische Landeshauptstadt könnte sich dabei an einer breiten Tradition vergleichbarer „Kriminalitäts-Atlanten" orientieren – entsprechende Projekte gab und gibt es u.a. in Heidelberg, Hamburg und Nürnberg. Der Berliner Bericht versteht sich zudem als Beitrag zum „Monitoring soziale Stadtentwicklung".

Im polizeilichen Alltag hat die Aufbereitung von Kriminalstatistiken zu Karten („crime mapping") längst Einzug gehalten. Einschlägige Geoinformationssysteme (GIS) ermöglichen das Speichern, Verknüpfen, Analysieren und Visualisieren von beliebigen Datenbeständen, solange diese georeferenzierbar sind, d.h. sich geographisch zuordnen lassen. Auch in München wurden vom Jahre 1999 an mithilfe des „Geographischen Lage-, Analyse-, Darstellungs- und Informationssystems" (GLADIS) zur Visualisierung der „Lage Straßenkriminalität" mehr als 130.000 Adressen georeferenziert, um polizeilich aktenkundig gewordene Vorfälle auf einer digitalen Grundkarte darstellen zu können. Mithilfe der so generierten Lagebilder lassen sich „Kriminalitätsschwerpunkte" identifizieren und Prognosen erstellen – längst auch und gerade für die bayerische Landeshauptstadt.

Die Bewohner der Stadt München, aber auch mittelständische Betriebe und Tourismus-Dienstleister haben nach Auffassung des Antragstellers ein Recht darauf, über die objektive Sicherheitslage und Kriminalitätsbelastung in „ihrem" Wohn- und Arbeitsumfeld informiert zu werden. Zudem wäre der hier vorgeschlagene Kriminalitätsatlas gut geeignet, die verbreitete Mär vom „sicheren" München kritisch zu hinterfragen und überdies Zusammenhänge zwischen Kriminalitätsbelastung und hohen Ausländeranteilen zu dokumentieren.

Karl Richter
Stadtrat

KARL RICHTER

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Antrag
02.05.2008

Müll gehört in den Mülleimer – München endlich sauberer machen!

1. Das Baureferat prüft, ob die Zahl der im Münchner Stadtgebiet vorhandenen Mülleimer ausreichend ist, und erstattet dem Stadtrat Bericht.

2. Gegebenenfalls ist die Zahl der Mülleimer entsprechend einem gestiegenen Müllaufkommen aufzustocken, sind größere Müllbehälter auszubringen oder ist der Leerungsturnus zu verdichten.

Begründung:

Trotz der im Jahr 2007 initiierten Sauberkeitskampagne der Stadt München („Rein. Und sauber. München. Unsere Stadt") halten Beschwerden über überfüllte Mülleimer im öffentlichen Raum und verschmutzte Fußgängerflächen an. Während das Baureferat unter Hinweis auf regelmäßige Leerungen der Abfalleimer keinen Handlungsbedarf sieht, registriert der Bund der Fußgänger (BDF) und der Marketing-Verband „City-Partner" Presseberichten zufolge nach wie vor Beschwerden wegen überfüllter und überquellender Mülleimer.

Hier gilt es Klarheit zu schaffen und erforderlichenfalls Abhilfe zu schaffen. Vom Baureferat ist deshalb zu prüfen, wo die Kapazität der vorhandenen Müllbehälter nicht ausreicht und „nachgerüstet" werden muß.

Die Münchnerinnen und Münchner haben eine saubere Stadt verdient.

Karl Richter
Stadtrat

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München, Tel./Fax: 089 / 65 30 88 28, E-Mail: karl.richter@web.de

KARL RICHTER

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Antrag
02.05.2008

Mehr Demokratie wagen –
Ja zum Münchner Bürger-Sachverständigenrat!

Ich beantrage:

Die Stadt München richtet einen unabhängigen, mit Münchner Bürgern zu beschickenden Sachverständigenrat ein, der jährlich das Regierungshandeln der an der Münchner Stadtregierung beteiligten Rathausfraktionen und Stadträte einschließlich des Oberbürgermeisters überprüft und darüber ein Gutachten erstellt. Die Überprüfung erfolgt insbesondere unter den Gesichtspunkten

- Glaubwürdigkeit der Rathauspolitik/Einhaltung von Wahlversprechen;
- Orientierung der Rathauspolitik am Gemeinwohl;
- Sparsamkeit, Kosten-Transparenz und Kosten-Effizienz der Münchner Rathauspolitik.

Der Bürger-Sachverständigenrat ist von den Münchner Bürgerinnen und Bürgern zu wählen. Ihm gehören keine Vertreter politischer Parteien an.

Begründung:

Zwischen den Wahlen haben die Bürger auch im Rahmen der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung" kaum Einfluß auf das Regierungshandeln ihrer politischen Vertretungen in den Parlamenten. Auf kommunaler Ebene macht sich dieses Defizit infolge der längeren Amtsperioden sogar noch stärker bemerkbar als auf Bundes- und Landesebene mit Legislaturperioden von vier bzw. fünf Jahren.

b.w.

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München, Tel./Fax: 089 / 65 30 88 28, E-Mail: karl.richter@web.de

Hier könnte das hier vorgeschlagene unabhängige Bürger-Sachverständigen-gremium fehlende Transparenz auf Seiten der Stadtpolitik kompensieren und als zusätzliches Moment demokratischer Bürgerbeteiligung Wirksamkeit entfalten. Insbesondere sollte das Gremium seine Aufgabe darin sehen, manifeste Stadtpolitik mit Wahlprogrammen, geplanten Vorhaben der Akteure, im Raum stehenden Wahlversprechen, Prognosen und dem Verhältnis von Aufwand und Erfolg zu vergleichen.

Ähnlich einem Rechnungshof sollte der Bürger-Sachverständigenrat für die Münchner Wählerinnen und Wähler jährlich ein Gutachten erstellen und so zusätzliche Orientierungspunkte für künftiges Wählerverhalten liefern, die jenseits der spezifisch gefärbten Partei-Informationen der Stadtratsfraktionen angesiedelt wären. Es versteht sich von selbst, daß dem Bürger-Sachverständigenrat nur parteipolitisch unabhängige Persönlichkeiten angehören sollten.

Nach demokratischem Verständnis gilt der Bürger als Souverän der Politk. Die Regierenden sind dem Bürger verantwortlich – schon gar auf gemeindlicher Ebene. Es ist nur recht und billig, daß der Souverän über einen eigenen Gutachter verfügt.

Karl Richter
Stadtrat

KARL RICHTER

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Antrag
02.05.2008

Kostenlose Mittagsnahrung für alle Münchner Schulkinder – keine Benachteiligung von Hartz IV-Kindern!

1. Es ist zu prüfen, mit welcher Summe die Ausreichung eines vollwertigen Mittagsgerichts an alle Kinder an Münchner Kindertagesstätten sowie an alle Schüler an Schulen mit Nachmittags- bzw. Ganztagesunterricht zu Buche schlagen würde.

2. Die Stadt München verpflichtet sich, bis spätestens Ende 2010 die kostenlose Mittagsversorgung an allen Münchner Kindertagesstätten und Schulen mit Nachmittags- bzw. Ganztagesunterricht einzuführen.

3. Die Stadt München nimmt zu diesem Zweck Gespräche mit regionalen Erzeugern von Milch, Kinder- und Vollwertnahrung auf und prüft, ob sich durch die gesicherte Abnahme größerer Kontingente von Milch, Milch- und anderen Nahrungsprodukten für die Versorgung der Münchner Schulen und Kindertagesstätten günstige Einkaufspreise erzielen lassen.

4. Die Stadt München initiiert eine von ihr getragene Arbeitsgemeinschaft „Münchner Kindertafel" (Arbeitstitel), in deren Rahmen Münchner Firmen und Institutionen zur Mitwirkung bzw. zur Beteiligung am Sponsoring einer kostenlosen Mittagsnahrung für alle Münchner Schulkinder und Kinder an Kindertagesstätten geworben werden.

Begründung:

Nicht nur im Bundesdurchschnitt, auch in der bayerischen Landeshauptstadt gibt es immer mehr arme Kinder, viele davon Kinder von Hartz IV-Empfängern. Vielen

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München, Tel./Fax: 089 / 65 30 88 28, E-Mail: karl.richter@web.de

schwächergestellten Familien bereitet der Elternbeitrag von mindestens 10 Euro pro Woche zum Schulessen Probleme. Schon vor Jahren berichtete die Münchner Hauptschullehrerin Waltraud Lucic in einem Interview mit der „Süddeutschen Zeitung" über vermehrte Anzeichen von Hunger in Familien mit schulpflichtigen Kindern; bis zu 25 Prozent der Kinder in der Mittagsbetreuung seien für das – kostenpflichtige – Mittagessen nicht vorgemerkt (nach: „Manche kommen hungrig in die Schule", SZ, 16.10.2006).

Gleichzeitig ist die Organisation der Mittagsmahlzeit – zumindest an den Schulen – in München noch ausbaubedürftig; erst im Zuge der Einführung des G 8 mußte flächendeckend eine Mittagsversorgung für Schüler eingerichtet werden. Unabhängig davon erfolgt die Organisation der Mittagsverpflegung an öffentlichen Kinder- und Schülereinrichtungen in München bislang noch dezentral; viele Schulmensen werden von verschiedenen externen Pächtern betrieben. Hier ließen sich schon durch Zentralisierung – wie etwa durch zentralen Einkauf von Nahrungsprodukten – erhebliche Einspareffekte erzielen.

Dem Antragsteller geht die von den Unionsländern geführte und vom bayerischen Ministerpräsidenten Günther Beckstein mitunterstützte Initiative zur Förderung der Mittagsverpflegung für Kinder von Hartz IV-Empfängern nicht weit genug. Die gezielte Förderung von Kindern von Hartz IV-Empfängern durch die Einführung eines neuen Mehrbedarfstatbestandes in den Hartz IV-Regeln weist hier in eine falsche Richtung, weil sie Stigmatisierung von „Hartz IV-Kindern" an den Schulen nur fortschriebe.

Abhilfe kann hier nur die Selbstverpflichtung der Stadt München schaffen, allen Münchner Schülern an Ganztagesschulen und Kindern an Kindertagesstätten eine kostenlose und vollwertige Mittagsmahlzeit auszureichen. Um die der Stadt dadurch entstehenden erheblichen Kosten möglichst gering zu halten, sind neben – näher zu prüfenden – Umschichtungen im Stadthaushalt geeignete Sponsoren zu werben und im Rahmen einer „Münchner Kindertafel" (Arbeitstitel) in die kostenlose Versorgung der jüngsten Mitglieder der Münchner Stadtgesellschaft einzubinden.

Karl Richter
Stadtrat

KARL RICHTER

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Antrag
02.05.2008

München soll schöner werden (I) –
hier: Albert-Roßhaupter-Straße bepflanzen!

Ich beantrage:

Die Albert-Roßhaupter-Straße erhält im östlichen Teil, der derzeit aus einem ca. 1 kam langen Asphaltband mit nicht mehr genutzten Straßenbahnschienen besteht, eine Baumbepflanzung. Die Fahrspur des Busses wird auf die Straße verlegt.

Begründung:

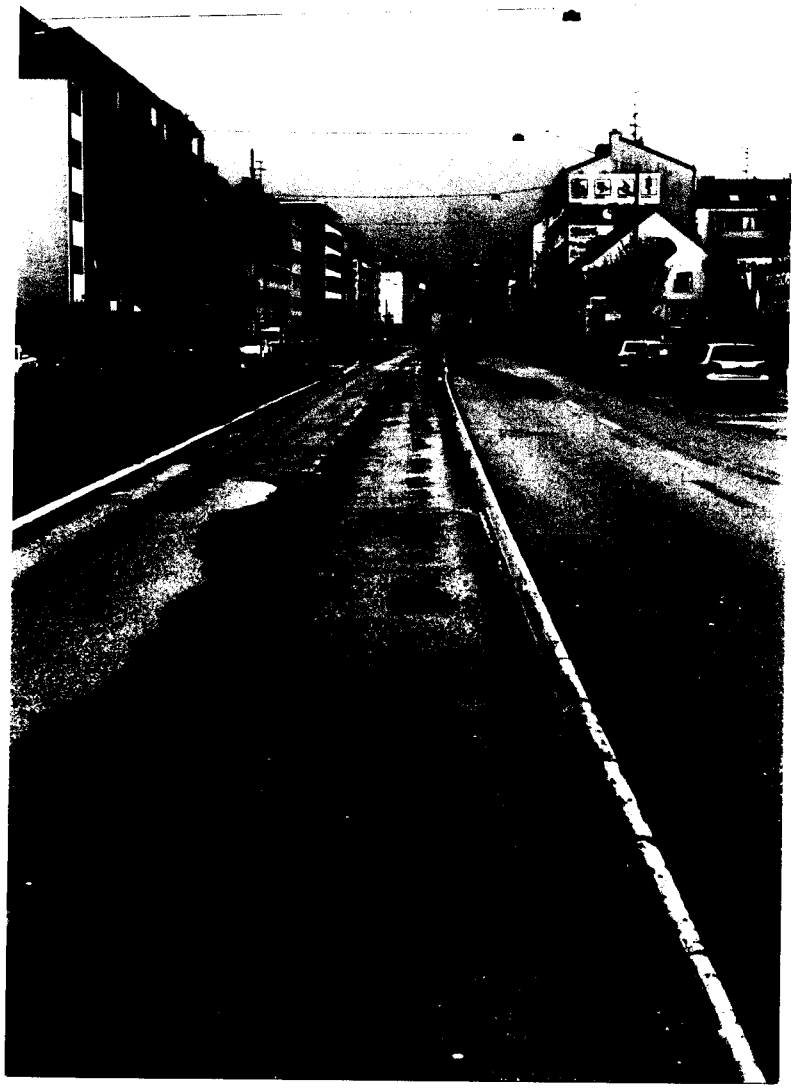
Der Asphaltstreifen mit der nicht mehr genutzten Straßenbahn-Fahrspur verengt nicht nur den für den Kfz-Verkehr nutzbaren Straßenraum, er ist zudem – zusammen mit den häßlichen Leitplanken des Fußgängerübergangs – ausgesprochen unschön. Hier könnte der gesamte Mittelstreifen des in Rede stehenden Straßenabschnitts begrünt, gegebenenfalls schmaler gefaßt und mit Bäumen bepflanzt werden.

Stadtverschönerung ist nicht nur ein ästhetisches Anliegen. Sie berührt unmittelbar die Lebensqualität der Münchnerinnen und Münchner. Dabei geht es vielerorts nur um kleine, mit verhältnismäßig geringem Mittelaufwand zu bewerkstelligende Veränderungen im Stadtbild. Einer Stadtpolitik, die sich andernorts ungleich abseitigere Fördermaßnahmen viel Steuergeld kosten läßt, sollten die vergleichsweise geringen Aufwendungen für ein wenig Stadtverschönerung nicht zu teuer sein. (Anlage: 1 Foto)

Karl Richter
Stadtrat

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München, Tel./Fax: 089 / 65 30 88 28, E-Mail: karl.richter@web.de

Anlage zum Antrag vom 02.05.2008



KARL RICHTER

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Antrag
02.05.2008

München soll schöner werden (II) –
hier: weg mit den Neonröhren in der Maximilianstraße!

Ich beantrage:

Die Neonleuchten in der Maximilianstraße – zwischen Max-Josephs-Platz und Maximiliansplatz – werden entfernt.

Begründung:

Die Maximilianstraße verfügt auf beiden Straßenseiten über historisierende Laternen, die für die Beleuchtung völlig ausreichen. Die zusätzlichen, mittlings in der Höhe angebrachten Neonröhren verstellen den Blick auf den point de vue, das Maximilianeum. Vor allem nachts wirkt dies ausgesprochen unschön.

Stadtverschönerung ist nicht nur ein ästhetisches Anliegen. Sie berührt unmittelbar die Lebensqualität der Münchnerinnen und Münchner. Dabei geht es vielerorts nur um kleine, mit verhältnismäßig geringem Mittelaufwand zu bewerkstelligende Veränderungen im Stadtbild. Einer Stadtpolitik, die sich andernorts ungleich abseitigere Fördermaßnahmen viel Steuergeld kosten läßt, sollten die vergleichsweise geringen Aufwendungen für ein wenig Stadtverschönerung nicht zu teuer sein. (Anlage: 2 Fotos)

Karl Richter
Stadtrat

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München, Tel./Fax: 089 / 65 30 88 28, E-Mail: karl.richter@web.de

Anlage zum Antrag vom 02.05.2008

KARL RICHTER

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Antrag
02.05.2008

**Schluß mit der Vermarktung des öffentlichen Raumes –
Großplakate und Werbeflächen im Stadtbild einschränken!**

Es ist zu prüfen, ob und mit welchen Mitteln sich

1. die Reduzierung der kommerziellen Werbeflächen im Münchner Stadtbild um 50 Prozent und
2. insbesondere die künftige Verhinderung großflächiger „Megaposter" und „City-Light-Poster" erreichen läßt.

Dem Stadtrat ist Bericht zu erstatten.

Begründung:

- Der Plakatwerbung im öffentlichen Raum kann man weder ausweichen, noch läßt sie sich ausschalten. Sie wird ungefragt in unseren Lebensraum gestellt;
- Plakatwerbung führt zu einer sichtbaren Kommerzialisierung und damit zu einer visuellen Abwertung des Stadtbildes;
- Plakatwerbung finanziert nichts, was den Stadtbewohnerinnen und -bewohnern zugute kommt, im Gegensatz etwa zu Werbung in Medien oder in öffentlichen Verkehrsmitteln.

Auch in der bayerischen Landeshauptstadt nimmt die Verunzierung des öffentlichen Raums durch teilweise fassadenfüllende Werbeplakate von Privatfirmen überhand. Kann schon die Allgegenwart von Werbeflächen im öffentlichen Raum –

b.w.

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München, Tel./Fax: 089 / 65 30 88 28, E-Mail: karl.richter@web.de

etwa in U-Bahnhöfen und Haltestellen-Wartehäuschen - als belästigend empfunden werden, so ist die Verhängung ganzer Fassaden, insbesondere an historisch und architekturgeschichtlich bedeutsamen Bauensembles, darüber hinaus auch unter dem Aspekt der städtebaulichen und kulturräumlichen Identität ein Unding. Hier steht die Stadt in der Pflicht, der Vermarktung öffentlicher Räume und Flächen entgegenzutreten und insbesondere die Verhängung städtebaulich sensibler Großfassaden (wie derzeit etwa die Nordfassade des Residenzplatzes) künftig zu verhindern.

Die Stadt München könnte sich dabei am Beispiel anderer europäischer Metropolen orientieren, die eine Einschränkung aggressiver Werbung im öffentlichen Raum inzwischen offensiv verfolgen. In Paris etwa wurde im Dezember 2007 im Rahmen einer Initiative die Abschaffung aller Werbeflächen gefordert, die größer als acht Quadratmeter sind. Auch Umfragen zufolge steigt in vielen Industrieländern der Unmut über die Dominanz der Werbung im öffentlichen Raum (vgl. Financial Times Deutschland, 14.12.2007: „Paris schränkt Außenwerbung drastisch ein").

Auch die Münchnerinnen und Münchner haben ein Recht darauf, von ihrer Stadt gegen die ausufernde optische Berieselung mit Werbung und Flachsinn geschützt zu werden.

Karl Richter
Stadtrat

KARL RICHTER

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Antrag
02.05.2008

Damit der Gang zum Tierheim nicht sein muß –
mittellosen Münchner Tierbesitzern unter die Arme greifen!

Ich beantrage:

1. Es wird geprüft, welche Aufwendungen für die Verpflegung und den Unterhalt von Haustieren – Hunden und Katzen, aber auch Kleintieren – in Haushalten von Münchner Tierhaltern im Durchschnitt anfallen;

2. es wird geprüft, ob und an welcher Stelle im Stadthaushalt die Schaffung eines Sonderfonds möglich ist, aus dessen Mitteln künftig Zuschüsse für ältere Münchner Besitzer von Haustieren sowie für Münchner Hartz-IV-Bezieher mit Haustieren bestritten werden können;

3. die Errichtung eines entsprechenden Fonds wird von der Stadt in die Wege geleitet;

4. der Stadtrat wird über das Ergebnis der Prüfung informiert.

Begründung:

Vor dem Hintergrund einer auch in München zunehmenden Alters- und Hartz-IV-Armut sehen sich immer mehr Münchner Tierbesitzer gezwungen, ihre z.T. langjährigen vierbeinigen Hausgefährten dem Tierheim anzuvertrauen, weil die Kosten für Verpflegung und Tierarzt die knappen Mittel übersteigen. Gerade ältere Menschen verlieren dadurch oft seelischen Halt.

b.w.

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München, Tel./Fax: 089 / 65 30 88 28, E-Mail: karl.richter@web.de

Derzeit beziehen rund 66.300 Münchner sogenannte „Hartz IV"-Leistungen – der Regelsatz für Alleinstehende liegt bei 347 Euro. Es liegt auf der Hand, daß sich mit dieser Summe die anfallenden Kosten für Verpflegung und Tierarzt nicht bestreiten lassen. Und: auch in München wird sich die Zahl der von Altersarmut betroffenen Menschen bis zum Jahr 2020 voraussichtlich verdreifacht haben.

Es wäre ein Akt tätiger Solidarität der Kommune, wenn in Armut geratene Münchner – und insbesondere ältere von Armut betroffene Mitbürgerinnen und Mitbürger – nicht zusätzlich zu ihrer sozialen Notlage auch noch mit dem Zwang bestraft würden, ihre Haustiere wegen drückender Mittelknappheit aus dem Haus zu geben.

Karl Richter
Stadtrat